

Russische Infrastrukturprojekte für die Krim: Neues Sotschi oder Versorgungsengpässe?

Kusznir, Julia

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kusznir, J. (2014). Russische Infrastrukturprojekte für die Krim: Neues Sotschi oder Versorgungsengpässe? *Ukraine-Analysen*, 141, 6-9. <https://doi.org/10.31205/UA.141.02>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



www.laender-analysen.de/ukraine

KRIM

AUSSENHANDEL ZWISCHEN DER UKRAINE UND RUSSLAND TRUPPENBEWEGUNGEN IM OSTUKRAINISCHEN SEPARATISTENGEBIET

■ ANALYSE		
Die Krimtataren in der Ukraine-Krise		2
Von Uwe Halbach, Berlin		
■ ANALYSE		
Russische Infrastrukturprojekte für die Krim. Neues Sotschi oder Versorgungsengpässe?		6
Von Julia Kusznir, Bremen		
■ STATISTIK		
Binnenvertriebene aus der Krim		9
Wirtschaftssituation auf der Krim		10
■ UMFRAGE		
Russen über die Krim		14
■ DOKUMENTATION		
Menschenrechtssituation auf der Krim		15
■ ANALYSE		
Neuorientierung:		
Perspektiven für den Außenhandel zwischen der Ukraine und Russland		22
Von Roland Götz, Wiltingen		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Der Handel zwischen der Ukraine und Russland		26
■ DOKUMENTATION		
Erklärung des Kiewer Generalstaatsanwalts zu Gewaltkriminalität in der Hauptstadt		30
Truppenbewegungen im ostukrainischen Separatistengebiet		31
■ CHRONIK		
3. – 9. November 2014		36



Die Krimtataren in der Ukraine-Krise

Von Uwe Halbach, Berlin

Zusammenfassung:

Die Annexion der Krim durch Russland wirft Fragen aktueller und geschichtlicher Relevanz auf, die nicht zuletzt die tatarische Volksgruppe betreffen. Auch wenn die Krimtataren dort nur etwa 12 Prozent der lokalen Bevölkerung stellen, verdienen ihre gegenwärtige Situation, ihre historische Erfahrung und der aus ihr abgeleitete Vorbehalt gegen russische Oberherrschaft Aufmerksamkeit. Moskau schwankte unmittelbar nach der Annexion zwischen Initiativen zur Rehabilitation der Krimtataren, die zu den »bestraften Völkern« der ehemaligen Sowjetunion gehören, und repressiven Maßnahmen wie Einreiseverboten für ihre politischen Führer. In der Folgezeit wuchs der Druck auf die seit 1991 bestehenden krimtatarischen Repräsentationsorgane Medschlis (Rat) und Kurultai (Nationalversammlung). Die tatarische Minderheit wird von der neuen Regierung in Simferopol nun zunehmend bezichtigt, Konflikte zu schüren, und mit Hausdurchsuchungen und anderen Kontrollmaßnahmen unter Druck gesetzt.

Einleitung

Die Krimtataren missbilligen mehrheitlich den Anschluss ihrer Heimat an Russland und haben das Krim-Referendum vom 16. März 2014 boykottiert. Ihre politischen Führer wandten sich mit ihrem gewaltlosen Widerstand gegen die Annexion an die internationale Gemeinschaft. Obwohl sich diese Volksgruppe nach ihrer Rückkehr aus der Deportation auch unter ukrainischer Staatshoheit als Bürger zweiter Klasse empfunden hat, gehört für sie die Krim nach wie vor zur Ukraine. Das entspricht der Einschätzung von hundert Staaten, die am 27. März 2014 auf einer Vollversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution zur territorialen Integrität der Ukraine unterstützt haben – bei elf Gegenstimmen und 58 Stimmenthaltungen. In der Resolution werden Staaten und internationale Organisationen aufgefordert, keine Änderung des Status der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol anzuerkennen.

Die patriotische Euphorie, die in Russland das »Heimholen« der Krim begleitete, erweckte den Eindruck, als habe die Schwarzmeerhalbinsel seit eh und je zum »Russkij mir« gehört. Ergänzungen zu Geschichtsschulbüchern in Russland sollen nun über den Einfluss der Krim auf die Bildung des russischen Staates und über ihre Vereinigung mit Russland informieren. In Wirklichkeit gehört diese Region so selbstverständlich zu Russland wie Algerien zu Frankreich gehört hat – nämlich kolonialgeschichtlich. Mit zarischer und sowjetischer Oberhoheit verbinden die Krimtataren tiefe Einschnitte in ihre Geschichte, wobei sich zwei Jahreszahlen hervorheben: 1783 steht für die russische Eroberung des Krim-Khanats, 1944 für die kollektive Deportation der Krimtataren aus ihrer Heimat.

Historischer Hintergrund

Das Krim-Khanat mit seiner Hauptstadt Bachtchysaraj und mit einer überwiegend turkstämmigen Völkervielfalt, die im Zuge der mongolischen Expansion

aus Eurasien seit dem 13. Jahrhundert in diesen Teil Europas gekommen war, entstand im 15. Jahrhundert als eines von mehreren Zerfallsprodukten der Goldenen Horde. Es umfasste neben der Krimhalbinsel südliche Gebiete der heutigen Ukraine sowie Gebiete in der nordkaukasischen Kuban-Region. Schon kurz nach seiner Gründung musste das Khanat 1475 die osmanische Oberherrschaft anerkennen, konnte aber ein gewisses Maß an Eigenständigkeit wahren. Dabei trat die Krim als ein Zentrum des Sklavenhandels im Schwarzmeerraum hervor. Krimtatarische Raubzüge bildeten eine Herausforderung für christliche Nachbarn wie das russische Zarenreich oder Polen-Litauen. Unter Katharina der Großen nahm Russland nach einem Sieg gegen die Türkei Einfluss auf das nun von osmanischer Oberherrschaft befreite Khanat. 1783 erfolgten dann die Annexion und die Umwandlung des Khanats in das Gouvernement Taurien. Die eingeborene Bevölkerung sah sich in der Folgezeit zunehmender Ansiedlung von Russen, Ukrainern und anderen Volksgruppen ausgesetzt, und bald – so bereits in den 1790er Jahren – folgten erste krimtatarische Auswanderungswellen. Nach der russischen Niederlage im Krimkrieg 1856 zogen an die 100.000 Krimtataren mit dem osmanischen Heer ab. Aus russischer Sicht wurden sie zu einer Volksgruppe, die mit dem Feind sympathisiert.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war die krimtatarische Bevölkerung auf der Schwarzmeerhalbinsel gegenüber der Zeit vor der russischen Eroberung um zwei Drittel gesunken. 1936 bestand die Bevölkerung der damals zur russischen Unionsrepublik (RSFSR) gehörenden Krim aus Russen (43,5 %), Tataren (23,1 %), Ukrainern (10 %), Juden (7,4 %), Deutschen (5,7 %) und anderen Volksgruppen. Unter dem NS-Besatzungsregime auf der Krim 1942 kollaborierte ein Teil der Krimtataren mit der Wehrmacht, was Stalin als Vorwand für die kollektive Bestrafung dieser Volksgruppe

diente. Ein Dekret des Staatskomitees für Verteidigung vom 11. Mai 1944 ordnete die Deportation der krimtatarischen Bevölkerung aus ihrer Heimat nach Zentralasien, Westsibirien und in die Ural- und Altaj-Gebiete an. Laut krimtatarischen Quellen waren davon 238.500 Personen, darunter vor allem Frauen, Kinder und Greise, betroffen. In den ersten anderthalb Jahren kam mehr als ein Drittel der Deportierten ums Leben. Nach der Deportation wurde das krimtatarische Volk von der ethnographischen Karte des sowjetischen Vielvölkerreichs getilgt. Die Bezeichnung »Krimtataren« (in der eigenen Sprache: Qirimtatar) tauchte in sowjetischen Volkszählungen nicht mehr auf. Erst die letzte Volkszählung in sowjetischer Zeit, die von 1989, registrierte diese Volksgruppe wieder – mit 271.715 Angehörigen. Ihre Sprache wurde zu einem »tatarischen Dialekt« herabgestuft. Dabei unterscheidet sich diese Sprache vom Wolga- oder Kazan-Tatarischen und stellt ein eigenes Idiom dar. Auf der zu einem gewöhnlichen Verwaltungsgebiet der RSFSR herabgestuften Krimhalbinsel wurden viele Kulturdenkmäler vernichtet, die an die jahrhundertalte tatarische Präsenz erinnerten.

Dieses »bestrafte Volk« bewahrte seine Sprache und Kultur gegen äußerst repressive Umstände und bildete eine in der Sowjetunion nach Stalin bedeutende Nationalbewegung. Ihr Kern blieb vor allem in Usbekistan erhalten, wo fast 70 Prozent der deportierten Krimtataren lebten. 1967 stellte der Oberste Sowjet der UdSSR in einem Dekret fest, die Krimtataren seien zwar zu Unrecht deportiert worden, hätten sich aber an ihren neuen Wohnorten verwurzelt. An ihrer Rückkehr auf die Krim wurden sie gehindert. Ihr Führer Mustafa Dschemilew verbrachte viele Jahre im Gulag. Erst 1989 konnte eine breitere Rückkehr beginnen. In der Folgezeit kehrten rund 266.000 Krimtataren in ihre historische Heimat zurück. Etwa 100.000 Angehörige dieser Volksgruppe leben noch in Zentralasien, überwiegend in Usbekistan.

Doch auch nach ihrer Rückkehr auf die Krimhalbinsel, die 1954 von Chruschtschow an die ukrainische Unionsrepublik übertragen worden war, beklagte sich die tatarische Minderheit über Diskriminierung. Das Verhältnis der Krim-Regierung zu dieser Volksgruppe war bereits gestört, als die Krim noch unangefochten zur Ukraine gehörte. Der 2011 von Präsident Janukowitsch eingesetzte lokale Regierungschef Anatolij Mogilew trat mit anti-tatarischen Äußerungen und Handlungen hervor und verhinderte 2013 den offiziellen Tag zum Gedenken an die Deportation der Krimtataren, der jährlich am 18. Mai unter Beteiligung hoher Repräsentanten aus Kiew in Simferopol abgehalten wurde. Gleichwohl bekennen sich die Tataren nach der Annexion der Krim durch Russland mit Nachdruck zur Ukraine, in der sie immerhin ein gewis-

ses Maß an Autonomie erlangt haben. Kiew verfolgte keine konsistente Politik gegenüber dieser ethnischen Minderheit. Zu Beginn ihrer staatlichen Unabhängigkeit war die Ukraine darum bemüht, eine per Referendum erzwungene Loslösung der Krim zu verhindern. Als Kompromiss wurde die Schwarzmeerhalbinsel 1992 als Autonome Republik innerhalb des ukrainischen Staates konstituiert. Die krimtatarische Minderheit gründete 1991 ihre eigene Nationalversammlung (Kurultai) und ihren eigenen Rat (Medschlis) als Repräsentations- bzw. Verwaltungsorgan. Ihre Selbstverwaltung steht nun nach dem Anschluss der Krim an Russland unter Beschuss. Kiew hatte es vermieden, Stellung zum Rechtsstatus dieser Organe zu beziehen und reagierte erst nach der Krim-Annexion durch Russland am 20. März 2014 mit einer Resolution »über garantierte Rechte der krimtatarischen Nation innerhalb des ukrainischen Staates«, in der Kurultai und Medschlis als ihre Repräsentationsorgane anerkannt wurden.

Status nach der Annexion

Die Krim und die Sonderzone Sewastopol werden nun als neue Föderationssubjekte an Russland angegliedert: die Autonome Republik Krim als 22. Teilrepublik der Russischen Föderation und als ein eigener Föderalbezirk, die Hafenstadt Sewastopol als föderationsunmittelbare Stadt. Nach dem Vorbild nordkaukasischer Teilrepubliken soll das Republikoberhaupt vom lokalen Parlament auf Empfehlung des russischen Präsidenten hin gewählt werden. Die politische Integration der Krim in die Russische Föderation steckt allerdings noch in den Anfängen. Bis Mitte Oktober 2014 war noch keines von fünf Gesetzesprojekten, die der Staatsduma vom Krim-Parlament vorgelegt wurden, zur ersten Lesung vorbereitet.

Nach dem Krim-Referendum vom 16. März befürchteten Vertreter der Krimtataren Konflikte mit der selbsternannten neuen Krim-Regierung unter Führung des russischen Nationalisten Sergej Aksenow und Zusammenstöße mit prorussischen Milizen. Mustafa Dschemilew gab bei einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates zur Ukraine an, Tausende seiner Landsleute hätten ihre Heimat bereits verlassen. Die politischen und religiösen Führer der Krimtataren ermahnten ihre Landsleute, in ihrer historischen Heimat zu bleiben. Am 29. März 2014 sprach sich der Kurultai auf einer außerordentlichen Sitzung für eine tatarische »national-territoriale Autonomie« aus. Angeblich wurde dies mit dem ukrainischen Parlament, der Rada, abgestimmt, obwohl die ukrainische Verfassung ein solches Arrangement nicht vorsieht. Zudem wäre die Errichtung einer ethnischen Territorialhoheit dadurch erschwert worden, dass tatarische Siedlungen über die gesamte Krimhalbinsel verstreut sind – mit Bevölkerungsanteilen auf Bezirksebene zwischen

0,5 % und 29,2 %. Der Kurultai gelangte zu folgenden Entscheidungen: Er erklärte das Referendum über den Anschluss der Krim an Russland für illegal, kündigte Aktionen zur Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Krimtataren an und beauftragte den Medschlis, in Beziehung zu internationalen Organisationen wie der UNO, dem Europarat, der OSZE und der Organisation Islamischer Zusammenarbeit zu treten. Gleichzeitig akzeptierte er aber auch das Angebot, für Posten in der prorussischen Krim-Regierung zu kandidieren. Die krimtatarischen Führer betonten, dass sie keine Konfrontation mit den Behörden Russlands suchen.

Umgekehrt signalisierte auch die russische Führung anfangs noch Entgegenkommen. In seiner berühmten Ansprache zur Krim-Annexion erwähnte Präsident Putin am 18. März das Leid, das der tatarischen Volksgruppe durch Deportation und Terror zugefügt worden war, und versprach, sie zu rehabilitieren. Ihre Sprache solle auf der Krim mit dem Russischen und dem Ukrainischen gleichgestellt werden. Schon zuvor hatte er dem Präsidenten Tatarstans versprochen, die Wiederansiedlung der noch in Zentralasien verbliebenen Krimtataren in ihrer Heimat zu fördern.

Die Krimtataren misstrauten den Versprechungen, wurden sie doch bereits mit Gewaltaktionen prorussischer Milizen konfrontiert. Am 18. März 2014, als Präsident Putin sein Angebot an die Krimtataren machte, wurde bei Simferopol ein krimtatarischer Aktivist bestattet, der gegen die russische Krim-Kampagne protestiert hatte. Er war von paramilitärischen Kräften entführt und zwei Wochen später tot aufgefunden worden. In der Folgezeit kamen weitere Entführungen hinzu.

Um die Krimtataren für sich zu gewinnen, griff Russland auf sein Föderationssubjekt Tatarstan zurück. Dessen Präsident Rustam Minnichanow schlug vor, sie in das 1991 in Russland verabschiedete Gesetz über die Rehabilitation unterdrückter Völker einzubeziehen, was mit finanzieller Unterstützung verbunden gewesen wäre. Noch vor dem Referendum über den Anschluss an Russland hatte das Krim-Parlament die Wiederherstellung der Rechte des krimtatarischen Volkes und seine Integration in die Gesellschaft der Krim betont und ein Quoten-Privileg in Erwägung gezogen, wonach ihm 20 Prozent der Sitze im Parlament eingeräumt werden könnten.

Doch von diesen Angeboten ist nichts übrig geblieben. Ein neuer Verfassungsentwurf für die Krim räumte der Volksgruppe keine Sonderstellung ein. Eine ethnische Quote für Parlamentssitze wurde als unvereinbar mit der russischen Gesetzgebung zurückgewiesen.

Wachsender Druck

Am 14. September 2014 fanden im Rahmen der Regionalwahlen in der Russischen Föderation auf der Krim die

ersten lokalen Wahlen nach der Annexion statt, nachdem zuvor sämtliche Sitze im Parlament von selbsternannten »Abgeordneten« besetzt worden waren. Die »demokratischen« Wahlen sollten als Legitimation für den neuen Status der Krim in der Russischen Föderation dienen. Für die Krimtataren markierten sie einen weiteren Wendepunkt mit Angriffen auf ihre Repräsentationsorgane und einer Serie von Hausdurchsuchungen. Die Krimtataren blieben der Wahl fern. Ihr Medschlis rief zum Boykott auf. In Bachtschyssaraj verteilten Frauen unter der Parole »Tschibureki statt Wahlen« traditionelle Fleischpasteten an Fußgänger. Die gesamte Krim-Bevölkerung beteiligte sich mit nur knapp 50 Prozent an den Wahlen, bei denen es keinerlei Wettbewerb zwischen Parteien gab. Gleich nach der Parlamentswahl starteten FSB und Polizei ihre Angriffe auf den Medschlis und durchsuchten zwölf Stunden lang seine Räume, ebenso die Redaktion seiner Wochenzeitung *Avdet* und das Büro des Krim- Wohltätigkeitsfonds. Dem Medschlis wurden 24 Stunden Zeit gegeben, seine Büros in Simferopol zu räumen.

Um die Gemeinde der Krimtataren auf politischer Ebene zu spalten, versuchen die russischen Behörden und die prorussische Führung in Simferopol, den Medschlis durch Alternativorgane zu verdrängen. Da wurde die Gründung einer Gruppe namens *Kyrym birlygi* (Einigkeit der Krim) angekündigt, die an seine Stelle treten soll. Sie hat angeblich Rückhalt in der Partei *Milli Firka* (Nationale Partei), die seit langem in Opposition zum Medschlis steht, während der Euromaidan-Proteste im Gegensatz zum Medschlis auf der Seite von Präsident Janukowitsch gestanden hat und sich gegen den Aufruf zum Boykott des Krim-Referendums vom 16. März gestellt hat. Laut Aksenow unterstützen nur noch 15 bis 20 Prozent der Krimtataren ihren Medschlis. Laut Ilmi Umerow – seit mehr als 20 Jahren Mitglied dieses Organs, von 2002 bis 2005 stellvertretender Ministerpräsident der Krim und bis vor kurzem Verwaltungschef von Bachtschyssaraj – sind es immer noch an die 90 Prozent. Überprüfbar ist keine der beiden Aussagen. Unübersehbar ist aber der wachsende Druck, der auf die krimtatarische Minderheit ausgeübt wird. »Es war nicht ideal für uns in der Ukraine, aber in den vergangenen sechs Monaten haben uns die russischen Machthaber unter beispiellosen Druck gesetzt«, so Umerow. »Es gibt immer wieder Durchsuchungen wegen angeblichen Extremismus, man will all unsere politischen und religiösen Strukturen kontrollieren und uns einschüchtern.«¹

Seit April 2014 hatten sich bereits Angriffe gegen Mustafa Dschemilew und seinen Amtsnachfolger im Medschlis-Vorsitz Refat Tschubarow gerichtet. Als

1 Zitiert in: Russen wider Willen, <<http://zeit.de/politik/ausland/2014-10/krim-tataren-ukraine-russland/seite-2>>.

Dschemilew von einem Besuch in Kiew zurückkehren wollte, wurde ihm am 22. April die Einreise verweigert. Er darf bis 2019 das Territorium der Russischen Föderation und damit auch die Krim nicht mehr betreten. Zwei Wochen später, am 2. und 3. Mai, versammelten sich Tausende Tataren und Ukrainer an der Grenze zwischen der ukrainischen Region Cherson und der Krim, um Dschemilew zu treffen und gegen seine Verbannung von der Krim zu demonstrieren. Diese Demonstration wurde von den russischen und den neuen Krim-Behörden nachfolgend als Manifestation von »Extremismus« gedeutet, womit nun eine Serie von Kontrollmaßnahmen wie Hausdurchsuchungen begründet wurde. Regierungschef Aksenow beschuldigte die Tataren, interethnische Konflikte zu schüren. Am 5. Juli wurde nun auch Refat Tschubarows Heimkehr auf die Krim verhindert. Er wollte von einer außerordentlichen Medschlis-Sitzung zurückkehren, die auf ukrainischem Territorium stattgefunden hatte, um Mustafa Dschemilew die Teilnahme zu ermöglichen. Die neue oberste Staatsanwältin der Krim, Natalja Poklonskaja, hielt ihm Aktivitäten vor, die unter das russische Gesetz zu Extremismus fallen. Von ihr ging auch die Initiative aus, jegliche Behauptung, die Krim sei unrechtmäßig an Russland angeschlossen worden, unter Strafe zu stellen und als staatsfeindlich zu ahnden.

Die Krimtataren in der »einzigartigen Vielvölkerzivilisation« Russland

Russland blickt in seiner Ukraine-Politik auf das Nachbarland als auf ein »ahistorisches zusammengeklüftetes Etwas« (Putin). Das patriotische Getöse im Gefolge der Krim-Annexion sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Russland – die »einzigartige Vielvölkerzivilisation«, wie Präsident Putin das Land in einer Stellungnahme zur »nationalen Frage« nannte – selbst vor mannigfachen Herausforderungen durch ethno-politische, regionale und wirtschaftliche Integrationsprobleme steht. Mit dem »Heimholen« der Krim beschert sich Russland möglicherweise Probleme, die es an anderen Stellen seines »Reichsterritoriums« bislang nicht in den Griff bekommen hat. Das betrifft etwa die Lage im Nordkaukasus, die durch die Ukraine-Krise in ein trügerisch positives Licht gerückt wurde. Während laut Umfrage des Lewada-Zentrums im Januar 2014 nur 18 Prozent der Befragten die Situation in dieser Region als positiv bewerteten, stieg diese Quote im März auf 41 Prozent an. Nur noch 43 Prozent bezeichneten die Situation im Nordkaukasus als »angespannt«, im Januar waren es noch 60 Prozent. Lew Gudkow, der Leiter des Meinungsforschungs-Zentrums, kommentierte diesen Meinungswandel dahingehend, dass die auf die Krim und die Ukraine bezogenen Nachrichten Meldungen

über Missstände im Nordkaukasus so weit in den Hintergrund gedrängt hätten, dass viele Russen nun glauben, die Situation dort habe sich stabilisiert. Der Nordkaukasus – vor den Kämpfen in der Ostukraine die am stärksten von Instabilität und bewaffnetem Aufruhr betroffene Zone im gesamten postsowjetischen Raum – wurde auch in finanzieller und militärischer Hinsicht von der Ukraine-Krise in den Hintergrund gedrängt. So wurden russische Elitetruppen aus dem Nordkaukasus an die ukrainische Grenze verlegt. Gleichzeitig werden der Region Finanzmittel entzogen, die Russland für seine Ukraine-Politik benötigt. Der ehemalige russische Finanzminister Aleksej Kudrin schätzt, dass allein die anstehenden Investitionen für die infrastrukturelle Integration der Krim in die Russische Föderation die Gesamtkosten für Wiederaufbaumaßnahmen im Nordkaukasus nach den Tschetschenienkriegen übertreffen könnten.

Auch ohne gewaltsame Konflikte zwischen russischen, ukrainischen und tatarischen Bevölkerungsgruppen auf der Schwarzmeerhalbinsel birgt die Annexion der Krim ethno-politische Herausforderungen. So besteht die Aussicht, dass sich in Russland und in anderen Teilen des postsowjetischen Raums tätige islamistische Netzwerke der krimtatarischen Frage annehmen – unter der Parole des Kampfs gegen die Unterdrückung von Muslimen. Eine islamistische Organisation wie Hizb-ut-Tahrir, die sich seit den 1990er Jahren besonders in Zentralasien für die Wiedererrichtung des Kalifats engagiert hat, hat angeblich bereits viele Anhänger auf der Krim und in der Ukraine gewonnen, wo sie im Unterschied zu Russland nicht offiziell verboten war. Neuerliche Hausdurchsuchungen bei Krimtataren werden oft unter dem Vorwand durchgeführt, gegen Anhänger islamistischer Organisationen vorzugehen. Wie aus verschiedenen islamischen Teilen des postsowjetischen Raums haben sich auch aus der Krim junge Muslime nach Syrien in den Dschihad begeben. Neben diversen al-Shishani (Tschetschenen) hob sich unter den ausländischen Feldkommandeuren dort ein Abdul-Karim Krymsky hervor. Auch wenn sich die Nationalbewegung der Krimtataren in sowjetischer und nachsowjetischer Zeit von radikalem Islamismus und jeglichem Extremismus deutlich distanziert hat – so der Medschlis zuletzt ausdrücklich gegenüber Hizb ut Tahrir – läuft Russland mit seinem Krim-Anschluss womöglich Gefahr, sich eine neue islamistische Front zu eröffnen.

Die russische Propaganda hebt bereits »islamistische Extremisten mit Verbindung zur Krim« in den Rang von Verbündeten der ukrainischen Seite. Die Warnung vor der »islamistischen Gefahr« wird zunehmend als ein Instrument verwendet, um die Kontrolle über die tatarische Minderheit auf der Krimhalbinsel zu ver-

schärfen und ihre Gemeinde nicht nur auf politischer, sondern auch auf konfessioneller Ebene zu spalten. Zu diesen Instrumenten gehört eine Tauridische Muftiat genannte Zentrale Geistliche Verwaltung der Krim-Muslime, die im August 2014 mit Hilfe des Leiters der Geistlichen Verwaltung der Muslime Russlands ins Leben gerufen wurde – in Konkurrenz zur bisherigen Geistlichen Verwaltung der Krim-Muslime, der größten islamischen Institution in der Ukraine.

Fazit

Was die Aufmerksamkeit des Auslands für die Ukraine-Krise betrifft, so hat sich der Fokus im Frühjahr 2014 drastisch verlagert: von der Krim auf die umkämpfte

Ostukraine, in der gegen Ende Oktober bereits mehr als 4000 Todesopfer registriert wurden. Die Krimtataren beklagen diesen Aufmerksamkeitsentzug. So hat sich im westlichen Ausland kaum eine Stimme des Protests gegen die Maßnahmen erhoben, mit der ihre politischen Führer als »Extremisten« aus ihrer Heimat verbannt wurden. Die Krimtataren sollten nicht ganz am Rande der Ukraine-Krise stehen, in der die widerrechtliche Krim-Annexion durch Russland in der internationalen Politik zwar formell noch angefochten, aber im Grunde bereits als geopolitische Realität verbucht wird. Über die regionale und internationale Ausweitung der Ukraine-Krise sollte die Krim nicht in Vergessenheit geraten.

Über den Autor:

Dr. Uwe Halbach war wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik in der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien und ist seit Oktober freier Mitarbeiter und Berater an diesem Forschungsinstitut. Seine Forschungsfelder sind: Nord- und Südkaukasus, Islam im postsowjetischen Raum, ungelöste Territorialkonflikte aus sowjetischer Erbschaft.

ANALYSE

Russische Infrastrukturprojekte für die Krim. Neues Sotschi oder Versorgungsengpässe?

Von Julia Kusznir, Bremen

Zusammenfassung

Nach der Annexion der Republik Krim und der Stadt Sewastopol von der Ukraine hat Russland ein umfangreiches wirtschaftliches Förderprogramm für die Halbinsel entwickelt, das umfangreiche Infrastrukturprojekte vorsieht. Viele Probleme der Halbinsel, vor allem in den Bereichen der Wasser- und Energieversorgung sowie der Verkehrsanbindung, sind allerdings so schnell nicht lösbar und stellen eine große Herausforderung für die russischen Behörden und die ambitionierten Pläne Russlands dar.

Einleitung

Im März 2014 wurden die Republik Krim und die Stadt Sewastopol von Russland annektiert. Die Annexion der Krim ist nicht nur weiterhin umstritten und sorgt für Konfrontationen und die Isolation Russlands auf internationaler Ebene, sie wird auch zunehmend eine wirtschaftliche Belastung für Russland.

Neues großes Infrastrukturprojekt

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf befindet sich die Krim mit einem Wert von 2.600 US-Dollar (im Jahr 2011) auf dem Niveau der schwächsten russischen Regionen, etwa Tschetschenien oder Inghuschetien im Nordkaukasus. Die russische Regierung hat

deshalb wirtschaftliche Entwicklungs- und Finanzhilfeprogramme für die Krim und die Stadt Sewastopol als zwei neue Regionen Russlands beschlossen. Die Ausarbeitung der Programme und die Kontrolle ihrer Umsetzung wurden dem Ministerium für Angelegenheiten der Krim übergeben, das per Präsidialerlass vom 31. März 2014 geschaffen wurde. Zentrale Maßnahmen finden sich im föderalen Programm »Sozio-ökonomische Entwicklung der Krim und der Stadt Sewastopol bis 2020«, das im August 2014 verabschiedet wurde.

Den Regierungsplänen zufolge sollen Krim und Sewastopol in den kommenden Jahren zu einer der wirtschaftlich dynamischsten Regionen Russlands werden. Mittelfristig soll die Wirtschaft der Krim gemäß der rus-

sischen Planung um 7 bis 8% jährlich wachsen. Dabei sollen Tourismus, Agrarwirtschaft und Industrie die zentralen Wachstumsmotoren sein. Geplant ist unter anderem der Bau neuer Fischfabriken und Schiffswerften. Die russische Regierung hofft, dass der wesentliche Teil der Investitionen für die Realisierung dieser Pläne von russischen Unternehmen getragen wird. Deshalb hat die russische Regierung Ende Oktober 2014 ein Paket von Gesetzentwürfen zur Einrichtung einer freien Wirtschaftszone auf der Halbinsel gebilligt, die Investitionen russischer Unternehmer fördern sollen. In Planung ist außerdem die Einführung von Vorzugskrediten, Steuervergünstigungen und speziellen rechtlichen Regulierungen, die das Investitionsklima auf der Krim deutlich verbessern sollen.

Die Krim-Förderung ist damit nach den Olympischen Spielen in Sotschi das nächste große russische Infrastrukturprojekt. Bis zum Jahr 2020 sollen aus dem föderalen Staatshaushalt mehr als 20 Milliarden US-Dollar als Wirtschaftshilfe auf die Halbinsel Krim fließen, unter anderem für die Gewährleistung einer funktionierenden Wasser- und Energieversorgung, den Bau einer Brücke über die Straße von Kertsch, die die Halbinsel mit Russland verbinden wird, sowie Rentenzahlungen an ca. eine halbe Million Rentner und die Erhöhung von Löhnen und Gehältern.

Die Infrastrukturprojekte sind dabei aus russischer Sicht von zentraler Bedeutung. Die Übergabe der Krim an die Ukrainische Sowjetrepublik erfolgte 1954 wohl nicht zuletzt auch deshalb, weil die Infrastruktur der Halbinsel zunehmend auf die Ukraine ausgerichtet war. Die russischen Pläne sehen nun die Neuschaffung von Infrastruktur vor, die die Abhängigkeit von der Ukraine rückgängig machen soll. Dabei gibt es erhebliche Probleme.

Wasser

Die Halbinsel Krim erhielt bis zu 85% ihrer Wasserversorgung, insgesamt mehr als 1 Mrd. Kubikmeter, über den Nord-Krim-Kanal aus dem Fluss Dnjepr. Im Mai 2014 hat die Ukraine die Wasserlieferungen auf die Krim eingestellt, mit der Begründung, dass keine neuen vertraglichen Vereinbarungen zwischen den ukrainischen Behörden und der Regierung der Krim erreicht werden konnten.

Die Regierung der Krim hat im September 2014 erklärt, dass die Vorräte in den Wasserspeichern der Halbinsel die Bedürfnisse der Region bis April 2015 erfüllen können. Das russische Militär hat Bohrungen an artesischen Brunnenwasser-Quellen durchgeführt und baut Wasserleitungen, um die Bewohner der Halbinsel mit Trinkwasser zu versorgen. Darüber hinaus schließt die russische Regierung den Bau einer Meerwasser-Entsalzungsanlage auf der Krim nicht aus. Die Wasserknappheit ist aber vor allem für die Landwirtschaft auf der Krim spürbar, die sich auf eine sparsamere

Wassernutzung umstellen muss, wie etwa Tröpfchenbewässerung. Die Behörden hoffen auf starken Regen und auf Schmelzschnee als zusätzliche Wasserquellen. Längerfristig gibt es hingegen bisher keine Alternativen zur Wasserversorgung aus der Ukraine und damit auch keine klare Lösung für die Wasserversorgung der Krim.

Strom

Genau wie beim Wasser kamen auch beim Strom mehr als 80% des Verbrauchs der Halbinsel Krim aus der Ukraine, das entspricht über 6 Mrd. Kilowattstunden. Der restliche Bedarf wird aus Eigenproduktion gedeckt.

Seit September 2014 hat die Ukraine ihre Stromlieferungen auf die Krim kontinuierlich reduziert. Ursache hierfür ist nach Angaben des ukrainischen Netzwerkbetreibers das Fehlen von Kohle für die Wärmekraftwerke des Landes aufgrund der Zerstörung von Verkehrswegen und Bergwerken durch die pro-russischen Separatisten in der Ostukraine. Im Falle einer Verschärfung der Versorgungslage wurde auch eine vollständige Einstellung der Stromversorgung der Krim nicht ausgeschlossen.

In Reaktion darauf hat der russische Ministerpräsident Dmitri Medwedew die zuständigen Ministerien angewiesen, alle im Energiesektor der Krim geplanten Maßnahmen schnellstmöglich zu realisieren. Um die Energieunabhängigkeit der Krim zu gewährleisten, plant die russische Regierung vor allem den Bau von zwei Wärmekraftwerken mit einer Gesamtkapazität von 700 Megawatt in Simferopol und Sewastopol. Das russische Energieministerium hat das Unternehmen Technopromexport, eine Tochterfirma des staatlichen Konzerns Rostech, mit dem Bau der zwei Kraftwerke beauftragt.

Darüber hinaus sehen die russischen Infrastrukturprogramme für die Halbinsel die Modernisierung des Leitungsnetzes vor. Die in den 1940er bis 1960er Jahren gebauten Stromleitungen sind zu 70% abgenutzt und oft überlastet, so dass ihre Kapazitäten für die Umstellung der Versorgungsstruktur auf Eigenproduktion nicht ausreichen. Zusätzlich ist eine Verbindung mit dem russischen Stromnetz über die Verlegung eines Stromkabels durch die Straße von Kertsch geplant. Auch der Bau von Anlagen für Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen ist vorgesehen.

Das größte Problem im Bereich der Elektrizitätswirtschaft ist der geplante Bau der zwei Kraftwerke. Die westlichen Sanktionen gegen Russland verhindern die Auslieferung der für die Kraftwerke bestellten Turbinen an Technopromexport. Das Unternehmen versucht derzeit u. a. über den Ölkonzern Rosneft, bereits früher nach Russland gelieferte Turbinen überlassen zu bekommen. Es ist aber noch nicht klar, ob, wann und wie die Frage der Lieferungen endgültig geregelt wird. Hinzu kommt, dass die zwei Kraftwerke für den Strombedarf der Halb-

insel nicht ausreichen werden, insbesondere wenn das in der russischen Planung vorgesehene Wirtschaftswachstum zu einer Steigerung des Verbrauchs führt.

Erdgas

Zur Erdgasversorgung der Krim trugen Lieferungen aus der Ukraine nur ein Drittel bei, während der Rest – 2013 waren dies 1,6 Mrd. Kubikmeter – vom auf der Krim angesiedelten Unternehmen Chernomorneftegaz in der Region produziert wird.

Chernomorneftegaz war eine Tochterfirma des staatlichen ukrainischen Energiekonzerns Naftohaz. Sie wurde bereits im März 2014 von der Regierung der Krim verstaatlicht und soll demnächst in den staatlichen russischen Erdgaskonzern Gazprom eingegliedert werden. Die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft hat in Reaktion auf die Enteignung Anfang Oktober 2014 ein Strafverfahren gegen Russland eröffnet und Schadensersatz von 15 Mrd. Griwna (derzeit etwa 1,2 Mrd. US-Dollar) gefordert.

Einem Bericht des russischen Ministeriums für Naturressourcen und Umwelt zufolge verfügt die Krim über 44 Erdöl- und Erdgasfelder mit nachgewiesenermaßen 47 Mio. Tonnen Ölreserven und 165 Mrd. Kubikmeter Gasreserven. Chernomorneftegaz plant, weitere Erdgasfelder zu erschließen, um die Produktion zu erhöhen. Überdies hat Chernomorneftegaz vor, das Gasleitungsnetz der Krim an die russische Exportpipeline »South Stream« anzuschließen, die durch das Schwarze Meer über den Balkan bis nach Mitteleuropa verlaufen soll. Außerdem ist der Bau einer Flüssiggasanlage im Gespräch.

Die Ausweitung der Erdgasproduktion von Chernomorneftegaz dürfte allerdings durch die westlichen Sanktionen verhindert werden. Im Juli 2014 hat die Europäische Union die finanzielle oder technische Beteiligung an Entwicklungsprojekten auf der Krim verboten. Die Offshore-Förderung im Schwarzen Meer dürfte aber ohne westliche Technik nicht zu realisieren sein.

Brücke über die Straße von Kertsch

Der Bau einer Brücke über die Straße von Kertsch war schon seit einigen Jahren geplant, um eine direkte Verkehrsanbindung von der Krim nach Russland zu schaffen. Die ersten Vereinbarungen diesbezüglich wurden zwischen Russland und der Ukraine im April 2010 im Rahmen der Planung, die Brücke bis 2014 einzurichten, unterzeichnet. Die Pläne wurden aber nicht umgesetzt.

Im März 2014 beauftragte dann der russische Präsident Wladimir Putin das Transportministerium, die Brücke zu bauen. Die technischen Arbeiten vor Ort begannen wenige Monate später. In Reaktion darauf hat die ukrainische Seite Anfang Oktober offiziell ihren Verzicht auf die 2010 beschlossenen Vereinbarungen über die Errichtung der Brücke erklärt.

Nach dem russischen Plan soll eine 4,5 Kilometer lange Auto- und Eisenbahnbrücke über die Meerenge von Kertsch im Jahr 2018 fertiggestellt werden. Nach Schätzungen von Experten werden sich die Kosten für das Bauprojekt auf über 3 Mrd. US-Dollar belaufen. Die Brücke wird deshalb schon jetzt als die teuerste russische Baumaßnahme des 21. Jahrhunderts bezeichnet. Die hohen Kosten sind durch technische Schwierigkeiten, Naturschutzmaßnahmen und die bei solchen Projekten übliche Korruption zu erklären.

Die russische Wirtschaftspresse hat Ende August berichtet, dass der Auftrag zum Bau der Brücke an das Unternehmen Stroitransgas geht, das Gennadi Timtschenko – einem russischen Rohstoff-Milliardär und engem Freund Präsident Putins – gehört. Als weiteres Unternehmen wird Mostrest am Bau der Brücke beteiligt sein, das unter der Kontrolle von zwei weiteren Milliardären und engen Freunden von Präsident Putin steht – Arkadi und Boris Rotenberg.

Wie die staatliche russische Agentur für Straßenbau mitgeteilt hat, hat der Bau der Kertsch-Brücke wegen seiner hohen Kosten zur Folge, dass die Ausgaben für andere Straßenbauprojekte im kommenden Jahr um etwa die Hälfte gekürzt werden müssen.

Woher kommt das Geld?

Die Versuche der russischen Regierung, durch Gespräche mit Unternehmensverbänden die Wirtschaft für Investitionen auf der Krim zu gewinnen, sind bisher nicht sehr erfolgreich. Insgesamt werden die von der russischen Regierung geplanten Infrastrukturprojekte auf der Krim zu einer hohen Belastung des Staatshaushalts führen.

Trotz optimistischer Prognosen der russischen Behörden wird die Suche nach den finanziellen Mitteln für die Projekte auf der Krim zunehmend schwieriger: Die bestehenden staatlichen Haushaltspläne werden überarbeitet und neue Finanzierungsquellen gesucht, darunter auch der Nationale Wohlfahrtsfond, in den Einnahmen aus Energieexporten fließen, um langfristig die Rentenversicherung zu stabilisieren.

Gleichzeitig werden Infrastrukturprojekte in russischen Regionen zugunsten der Krim gestrichen oder gekürzt. Das Ministerium für Regionale Entwicklung steht unter Druck und muss einige große staatliche Entwicklungsprogramme, wie etwa die »Stärkung der Einheit des russischen Volkes« oder das »Wohnungsbau-Programm«, von der Liste streichen oder auf später verschieben. Darüber hinaus hat Moskau die Unterstützung von 16 Regionen aufgegeben, um die Krim finanziell zu unterstützen. Diese Regionen müssen dementsprechend eigene Ausgaben reduzieren.

Außerdem beabsichtigt die russische Regierung, über Privatisierungen und Steuererhöhungen Mittel für

die Entwicklungsprogramme auf der Krim zu sichern. In diesem Zusammenhang wird der Verkauf von staatlichen Anteilen am Ölkonzern Rosneft beschleunigt. Unter anderem haben Parlamentsabgeordnete eine Solidaritätssteuer vorgeschlagen, die direkt zur Finanzierung der staatlichen Maßnahmen auf der Krim verwendet werden soll.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Gesamtkosten der Annexion der Krim sowohl für die Ukraine als auch für Russland sehr hoch sind und auch langfristig eine spürbare Belastung für die wirtschaftliche Entwicklung sein werden.

Für die Ukraine ist der Verlust der Offshore-Erdgasfelder, die sich im Schwarzen Meer um die Halbinsel befinden, ein Verlust, der die ukrainische Hoffnung untergräbt, durch eine Ausweitung der eigenen Förderung die Energiesicherheit des Landes zu verbessern. Darüber hinaus hat die Ukraine durch die Annexion der Krim die Kontrolle über strategisch wichtige Unternehmen in der Energiewirtschaft und der chemischen Industrie sowie über Häfen und die Straße von Kertsch ver-

loren. Ukrainische Handelsschiffe müssen neue Routen finden. Eine Blockade der Straße von Kertsch für den Schiffsverkehr aus dem Asowschen Meer durch Russland wäre für die ukrainischen Exporteure ein harter Schlag.

Im Falle Russlands erinnern die Projekte für die Krim stark an die Baumaßnahmen für die olympischen Winterspiele in Sotschi. Dem Kreml nahestehende Unternehmen profitieren von überbewerteten Projekten. Gleichzeitig belasten die hohen Kosten den Staatshaushalt. Im Fall der Krim wird die damit verbundene Umverteilung staatlicher Finanzmittel auch zu Verteilungskonflikten im regionalen Finanzausgleich führen. Etliche Infrastrukturprojekte werden zusätzlich durch die westlichen Sanktionen erschwert. Unter diesen Umständen ist es mehr als fraglich, ob die optimistischen Wachstumsprognosen, die die russische Regierung für die Krim in ihrer Regionalplanung aufgestellt hat, auch nur annähernd erreicht werden können.

Zumindest mittelfristig ist die Krim weiterhin auf Wasser- und Stromlieferungen aus der Ukraine angewiesen, die derzeit nicht garantiert sind. Diese Abhängigkeit birgt ein erhebliches Konfliktpotential für die ukrainisch-russischen Beziehungen.

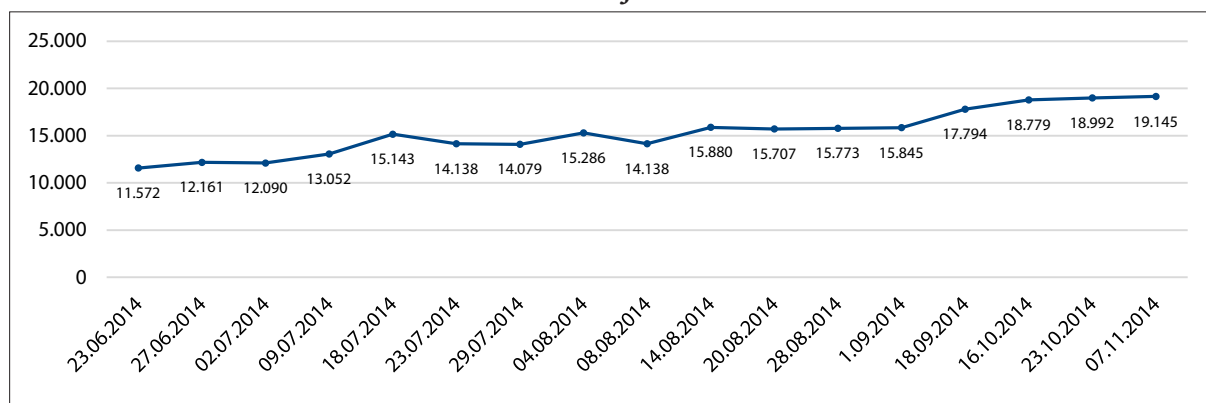
Über die Autorin

Dr. Julia Kusznir ist Postdoctoral Fellow an der Jacobs University Bremen.

STATISTIK

Binnenvertriebene aus der Krim

Grafik 1: Binnenvertriebene aus der Krim von Juni bis November 2014



Anmerkung: Aufgrund des Fehlens eines zentralen Systems für die Registrierung ist die tatsächliche Zahl der Binnenvertriebenen unbekannt und wahrscheinlich höher. Die Daten für Binnenvertriebene auf der Krim sind nicht enthalten. Laut Schätzungen sind es ca. 17.000.

Quelle: zusammengefasst nach Angaben des UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), »Ukraine: Overview of population displacement«, <<http://reliefweb.int/country/ukr>>.

Wirtschaftssituation auf der Krim

Tabelle 1: Die fünf wichtigsten Handelspartner der (Autonomen) Republik Krim im Jahr 2014

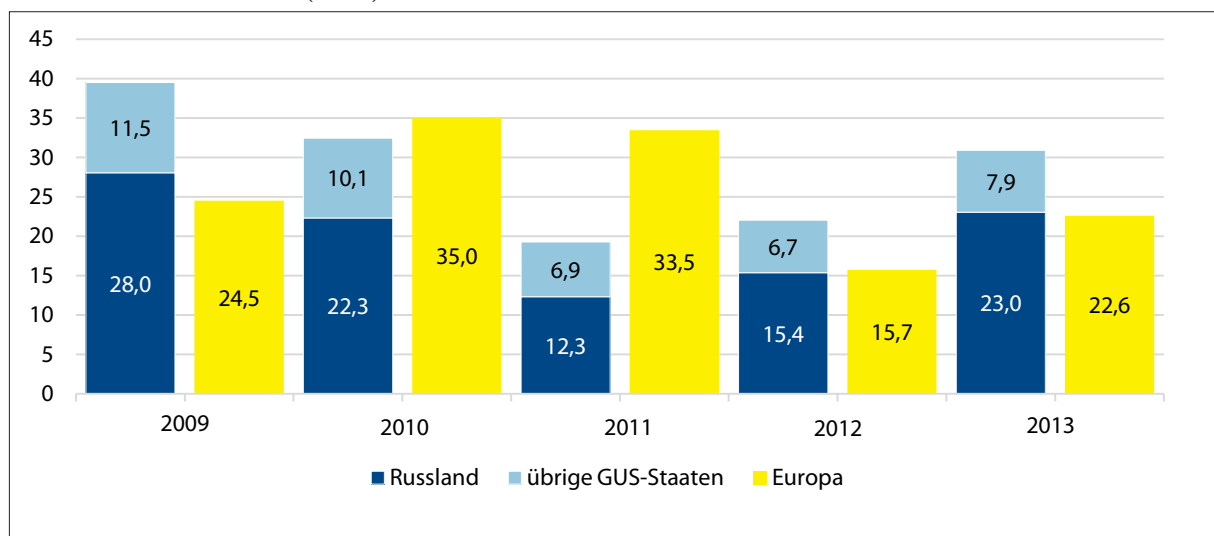
Nr.	Handelspartner	April–August 2014 (Mio US-Dollar)	Januar–August 2013 (Mio US-Dollar)	April–August 2014 (%)	Januar–August 2013 (%)
Warenexporte*					
1	Schweiz	26,30	0,13	33,2	0,0
2	Panama	18,45	9,09	23,3	1,0
3	Saudi-Arabien	14,51	0,89	18,3	0,1
4	Türkei	8,90	23,81	11,2	2,6
5	Aserbaidshan	3,03	6,53	3,8	0,7
	Andere	7,95	864,44	10,04	95,53
	Gesamt	79,14	904,90	100	100
Warenimporte**					
1	Rumänien	29,56	0,61	59,9	0,1
2	Deutschland	6,40	102,30	13,0	10,9
3	Italien	2,86	15,58	5,8	1,7
4	Panama	2,64	2,16	5,3	0,2
5	China	1,45	429,50	2,9	45,8
	Andere	6,44	386,95	13,05	41,29
	Gesamt	49,35	937,10	100	100

* Von April bis August 2014 wurden hauptsächlich Getreide (in den Nahen Osten, darunter auch nach Saudi-Arabien), Wasserfahrzeuge, Öl und Ölprodukte aus der Republik Krim exportiert.

** Von April bis August 2014 wurden hauptsächlich Öl und Ölprodukte, Maschinen und mechanische Geräte in die Republik Krim importiert.

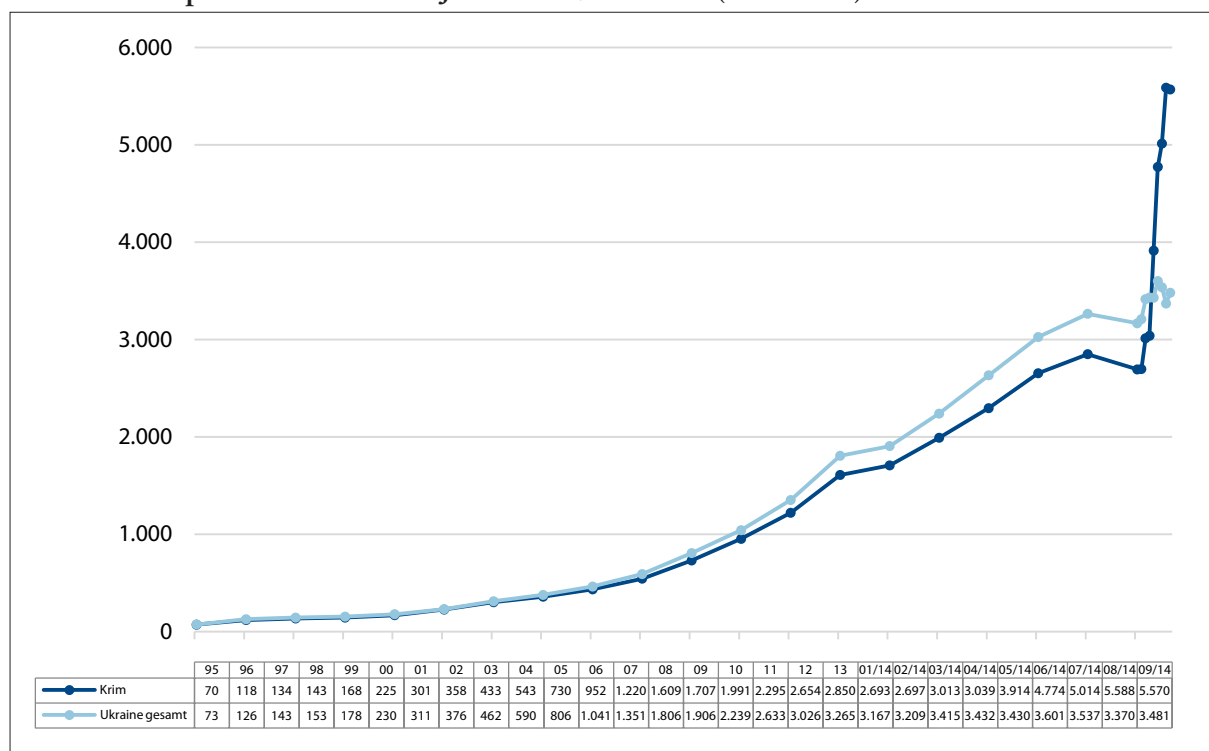
Quelle: Berechnungen der Ukraine-Analysen nach Angaben des Statistikamtes der Republik Krim, <<http://gosstat.crimea.ru/ukoves3.php>>.

Grafik 1: Struktur des Außenhandelsumsatzes der Autonomen Republik Krim in den Jahren 2009–2013 (in %)



Quelle: Berechnungen der Ukraine-Analysen nach Angaben des Statistikamtes der Republik Krim, <<http://gosstat.crimea.ru>>.

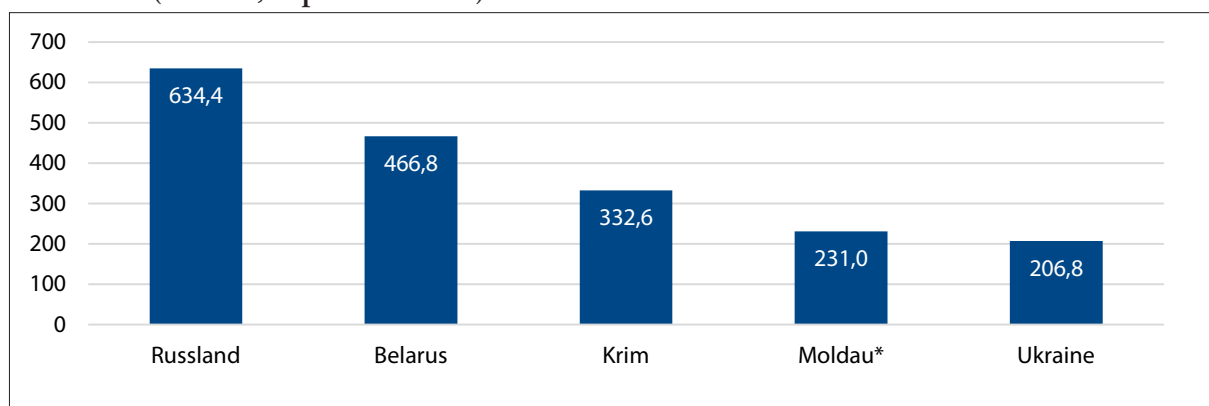
Grafik 2: Monatlicher Durchschnittslohn in der Ukraine (gesamt) und der (Autonomen) Republik Krim in den Jahren 1995 bis 2014 (in Griwna)



Anmerkung: Die Daten für die Krim für Juni bis September 2014 wurden nach dem offiziellen Durchschnittskurs der russischen Zentralbank von Rubel in Griwna umgerechnet.

Quelle: Zusammenstellung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben des Statistikamts der Republik Krim, <<http://gosstat.crimea.ru>>, und des Staatlichen Dienstes für Statistik der Ukraine, <<http://ukrstat.gov.ua>>.

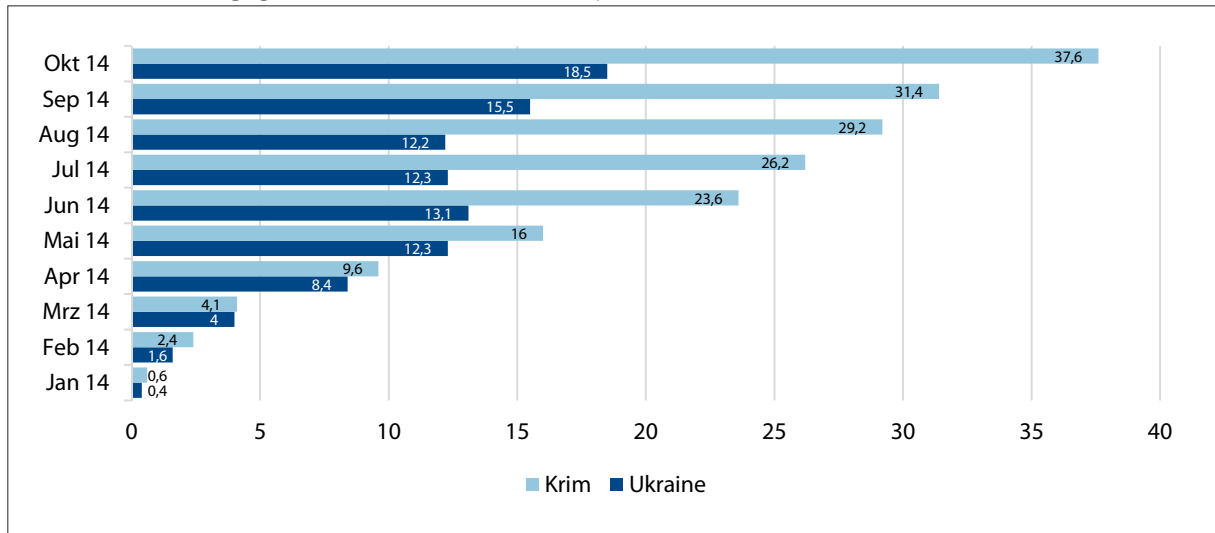
Grafik 3: Durchschnittslohn in einigen Ländern und auf der Krim im Vergleich (in Euro, September 2014)



Anmerkung: Die Angaben wurden nach dem offiziellen Durchschnittskurs der jeweiligen Zentralbanken für September von der Landeswährung in Euro umgerechnet; * Daten für August 2014.

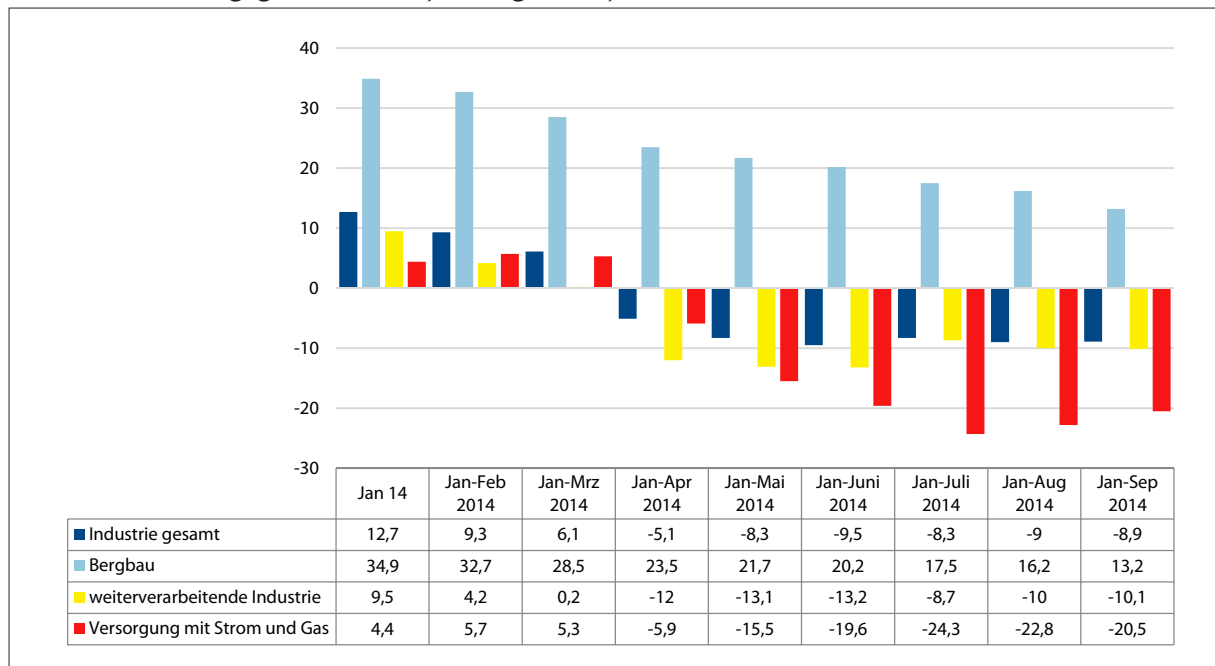
Quelle: Zusammenstellung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben des Statistikamts der Republik Krim, <<http://gosstat.crimea.ru>>, des Föderalen Dienstes für Staatliche Statistik der Russischen Föderation, <<http://www.gks.ru>>, des Staatlichen Dienstes für Statistik der Ukraine, <<http://ukrstat.gov.ua>>, des Nationalen Komitees für Statistik von Belarus, <<http://belstat.gov.by/>>, und des Nationalen Statistikbüros der Republik Moldau, <<http://statbank.statistica.md/>>.

Grafik 4: Lebensmittelpreisindex in der Ukraine und auf der Krim im Vergleich (in % gegenüber Dezember des Vorjahres)



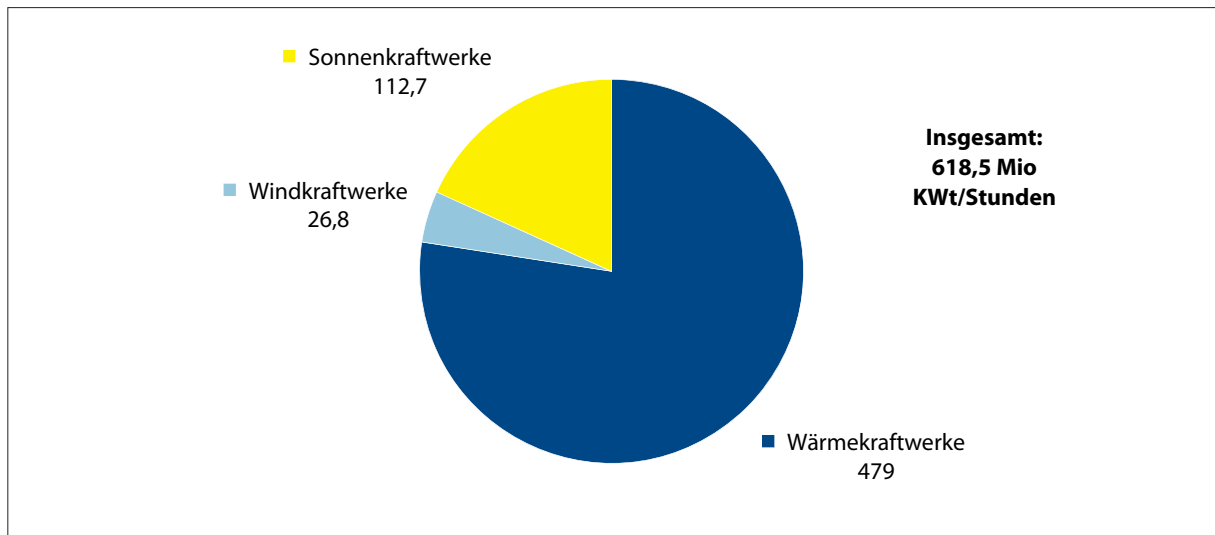
Quelle: Statistikamt der Republik Krim, <http://gosstat.crimea.ru/ukoceng.php#_ind1>; Staatlicher Dienst für Statistik der Ukraine, <<http://ukrstat.gov.ua/>>.

Grafik 5: Industrieproduktion der (Autonomen) Republik Krim im Jahr 2014 (in % gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum)



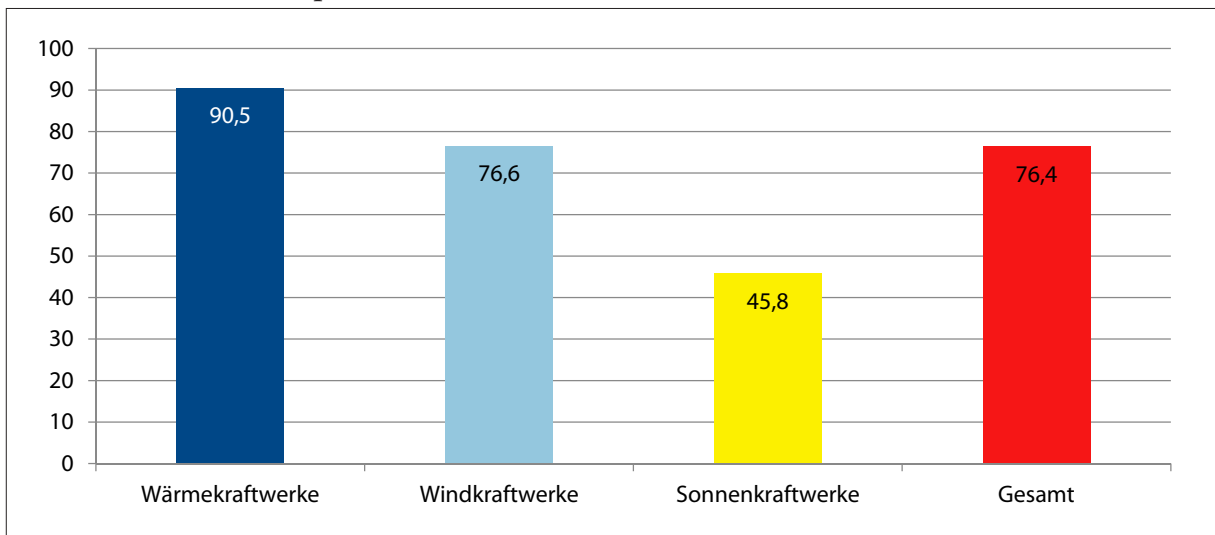
Quelle: Statistikamt der Republik Krim, <http://gosstat.crimea.ru/ukoprom3.php#_ind>.

Grafik 6: Versorgung mit Strom von Januar bis September 2014 auf der Krim (Mio KWt/Stunde)



Quelle: Statistikamt der Republik Krim, <http://gosstat.crimea.ru/ukoprom.php#_osn>.

Grafik 7: Versorgung mit Strom von Januar bis September 2014 im Vergleich zum Zeitraum Januar bis September 2013 auf der Krim (in %)

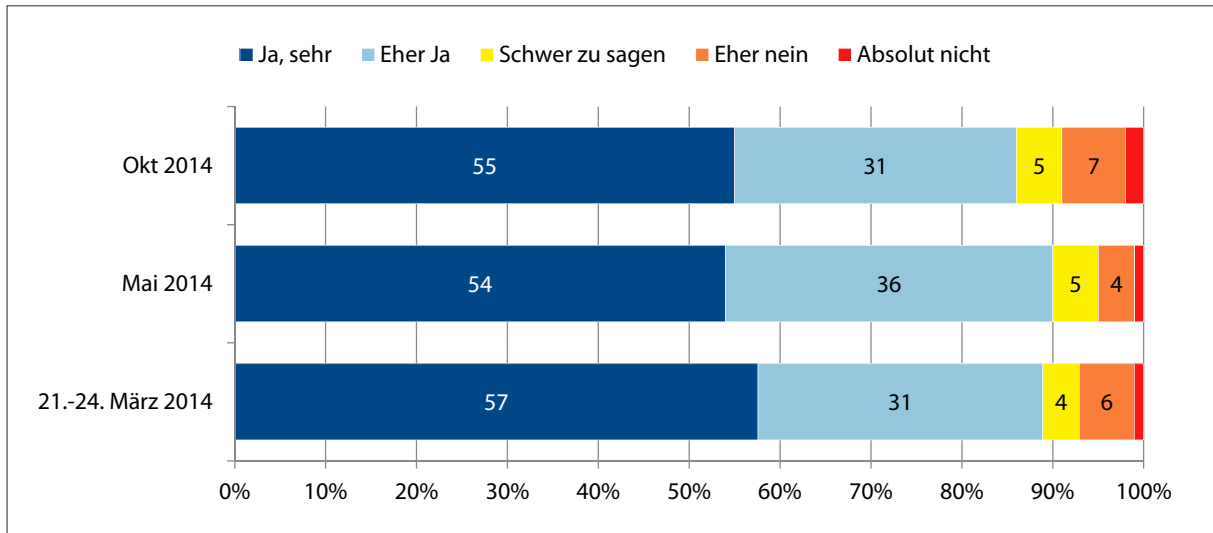


Quelle: Statistikamt der Republik Krim, <http://gosstat.crimea.ru/ukoprom.php#_osn>.

UMFRAGE

Russen über die Krim

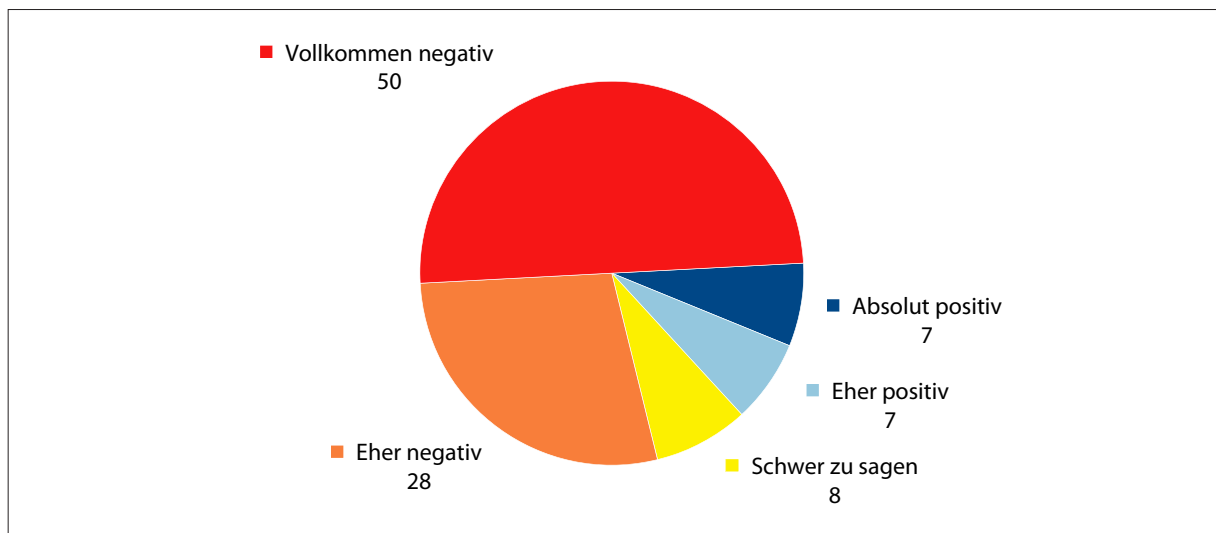
Grafik 1: Unterstützen Sie den Anschluss der Krim an Russland? (in %)



Anmerkung: Im März wurde die Frage so gestellt: »Sind Sie persönlich für oder gegen den Anschluss der Krim an Russland?«

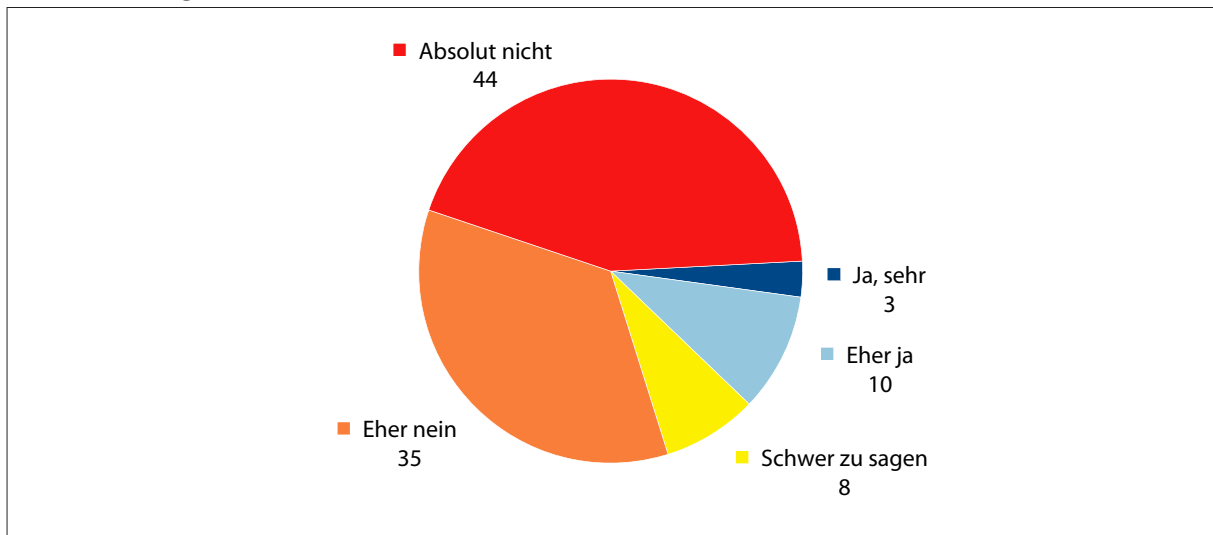
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 24. bis zum 27. Oktober 2014 (N = 1600), <<http://www.levada.ru/10-11-2014/prisoedinenie-kryma-i-uchastie-rossiiskikh-dobrovoltsev-v-konflikte-na-vostoke-ukrainy>>.

Grafik 2: Wie sind Sie gegenüber der Idee einer Rückgabe der Krim an die Ukraine eingestellt? (in %)



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 26. bis zum 29. September 2014 (N = 1630), <<http://www.levada.ru/print/16-10-2014/sanktsii-protiv-rossii-i-kontr-sanktsii>>.

Grafik 3: Sind Sie mit der Ansicht einverstanden, Russland habe die Krim mit dem Einsatz militärischer Gewalt und der Androhung einer militärischen Intervention an sich angeschlossen? (in %)



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 24. bis zum 27. Oktober 2014 (N = 1600), <<http://www.levada.ru/10-11-2014/prisoedinenie-kryma-i-uchastie-rossiiskikh-dobrovoltsev-v-konflikte-na-vostoke-ukrainy>>.

DOKUMENTATION

Menschenrechtssituation auf der Krim

Der folgende Text ist ein Auszug aus dem Bericht des Menschenrechtskommissars des Europarates, Nils Muižnieks, vom 27. Oktober 2014. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurden die Fußnoten entfernt. Der vollständige Bericht ist auf der Webseite des Europarates¹ zu finden.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen.

3.1. Human Rights Situation in Crimea

3.1.1. Accountability for Serious Human Rights Violations

12. The Commissioner for Human Rights received reports from international organisations and human rights groups about cases of deaths and disappearances under suspicious circumstances which occurred after February 2014 in Crimea. During his stay in Simferopol, the Commissioner had an opportunity to discuss those matters with lawyers and civil society representatives and subsequently raised five specific cases (two deaths and three cases of missing persons) at his meeting with the local leadership.
13. One of the above-mentioned cases involves Reshat Ametov, who was reportedly last seen at a protest on the main square in Simferopol on 3 March 2014. He was allegedly then led away by three men in military-style jackets, and footage of the incident was shown on the Crimean Tatar television channel ATR. His body—reportedly bearing signs of ill-treatment—was found on 16 March 2014 at a locality 67 km east of Simferopol, in the village of Zemly-

¹ <[://wcd.coe.int/com.instranet.InstraServlet?command=com.instranet.CmdBlobGet&InstranetImage=2624575&SecMode=1&DocId=2197556&Usage=2](http://wcd.coe.int/com.instranet.InstraServlet?command=com.instranet.CmdBlobGet&InstranetImage=2624575&SecMode=1&DocId=2197556&Usage=2)>.

anichne (Bilohirsk district). The circumstances of Mr Ametov's disappearance and death have not been clarified to date. The local prosecutorial authorities informed the Commissioner that the investigation was still ongoing and that 300 expert examinations had been carried out. The Commissioner considers that all relevant video recordings purportedly showing Mr Ametov being taken from the site of the 3 March protest should be subject to an expert analysis. Further, steps should be taken to identify the three men shown in those videos, and to question them.

14. Another case concerned a 16-year old student, Mark Ivanyuk, who died under unclear circumstances on the highway Chernomorskoe-Olenevka on 21 April 2014. While the leadership in the region released information that the death was due to a hit-and-run car accident, certain media reported that the person's mother had alleged police involvement in his death. When the Commissioner raised the case, Ms Poklonskaya indicated that the local prosecutorial authorities were not aware of it.
15. The Commissioner also enquired about the cases of three local civil society activists, Leonid Korzh, Timur Shaimardanov, and Seiran Zinedinov, who went missing at the end of May 2014 (respectively, since 22, 26, and 30 May). Mr Shaimardanov and Mr Zinedinov are included in the publicised list of missing persons. According to information provided by the prosecutorial authorities in a letter dated 31 July 2014 addressed to the Crimean Human Rights Field Mission, criminal proceedings have been opened in connection with the disappearances of Mr Shaimardanov and Mr Zinedinov, while the disappearance of Mr Korzh has not been confirmed and additional verifications in this regard have been ordered. After the mission, the Commissioner became aware of reports about the abduction by uniformed men of Islyam Dzhepparov and Dzhevdet Islyamov on 27 September 2014 near the Simferopol–Feodosia highway. The men were placed in a minibus and taken in an unknown direction, and criminal proceedings have been opened in relation to their abduction.
16. A contact group on missing persons had its first meeting on 14 October 2014 with the leader of the region, Mr Aksionov, and investigative authorities. The contact group includes victim representatives and its coordinator, Mr Mammet Mambetov, is a Crimean activist. According to a press release issued by the contact group following the aforementioned meeting, the representative of the investigating authorities, Mr Bogdan Frantsishko, had indicated that criminal proceedings into the premeditated murders of Mr Shaimardanov and M Zinedinov had been initiated. Further, criminal proceedings had been initiated into the abduction of Mr Dzhepparov and Mr Islyamov.

(...)

19. The Commissioner noted with concern that at least some of the above-mentioned cases involved activists who—according to various reports—have openly expressed critical views of the events unfolding in the region after February 2014. It is also worrisome that there have been allegations of implication of members of the “self-defence” forces in these violations (cf. the section on “Self-Defence forces”). There is an urgent need to carry out effective investigation into all allegations about abuses by the police and other auxiliary forces that have been operating in the region since February 2014.

3.2 Situation of Minorities

(...)

21. The Commissioner received reports about a number of searches—carried out by armed and masked members of the security forces—in Muslim religious institutions, as well as businesses and private homes belonging to members of the Crimean Tatar community. The purpose of those actions was to search for prohibited items, including weapons and “extremist literature”. By the time of the Commissioner's visit, such searches had been carried out in 8 out of 10 religious schools (madrasas) belonging to the Spiritual Directorate of the Muslims of Crimea (*Dukhovnoe Upravlenie Musulman Kryma*). There were also reports that “informative talks” had been carried out with scores of persons in order to check whether they adhered to “undesirable” or “non-traditional” forms of Islam. The perception among various representatives of the Crimean Tatar community was that the above-mentioned actions were intrusive and performed with an intent to intimidate them. Moreover, Mr Mustafa Dzhemilev, one of the key leaders of the Crimean Tatar community and former Chairman of the Mejlis, and Refat Chubarov, the current Chairman of the Mejlis have respectively been barred since 22 April and 5 July 2014 from entering the territory of Crimea.
22. During his meeting with the regional leadership on 11 September 2014, the Commissioner expressed the opinion that the above-mentioned searches and checks were disproportionate and excessive, and that care should be taken to avoid any further actions which selectively target members of the Crimean Tatar community in the name of fight-

ing extremism. In response, the authorities indicated that they would engage with representatives of the Crimean Tatar community with a view to resolving the problem. However, on 18 September 2014, after the Commissioner's return from the mission, he was informed that the building of the Crimean Tatar Mejlis in Simferopol—which he had visited—was seized by security forces and that the employees of the organisations located in the building were evicted, reportedly on the basis of a court order.

23. The local leaders also informed the Commissioner about certain steps they have been taking with regard to promoting the economic and social rights of the Crimean Tatar community, aimed at resolving some of their long-standing issues of concern. They specifically referred to initiatives such as a “land amnesty” and efforts to address housing problems. In addition, they maintained that the status of the Crimean Tatar language and the possibility to observe religious holidays were better protected.
24. The Commissioner also looked into the situation of ethnic Ukrainians residing on the peninsula. In the wake of the events of February–March this year, some of them decided to leave the region because they no longer felt secure, while others preferred to refrain from openly stating and/or manifesting their views.
25. The Commissioner took note of the allegations about attempts to gain control over churches owned by the Ukrainian Orthodox Church of the Kyiv Patriarchate and apply pressure upon priests serving in the Crimean diocese. One such incident was reported on 1 June 2014 when uniformed men, said to be Cossacks and members of the “self-defence” forces, entered a local church in the village of Perevalne proclaiming that they were seizing it with the intention of transferring it to the authority of the Moscow Patriarchate. According to the local head of the Ukrainian Orthodox Church of the Kyiv Patriarchate, archbishop Kliment, six out of fifteen churches belonging to that religious denomination were no longer under the control of the Kyiv Patriarchate. The Commissioner raised the matter with the local leaders and urged them to enter into a dialogue with the representative of that church with a view to resolving the foregoing issues. The Commissioner's interlocutors promised to organise such a meeting.
26. The Commissioner is of the opinion that multiculturalism is a unique feature and asset of this territory and should be nurtured and preserved, including through the media, as well as in schools and public institutions. Despite the changing legal framework, the three languages—Russian, Crimean Tatar and Ukrainian—continue to be used as languages of communication. However, the Commissioner received reports that the use of Ukrainian language in the schools has been diminishing. Apparently, the only Ukrainian-language gymnasium in Simferopol has been transformed into a school where in some classes education will continue to be provided in Ukrainian, while in other classes Russian will become the language of instruction. Whether this was done on the basis of the requests received from the parents of the schoolchildren has been a matter of some dispute. Moreover, whether parents can make language choices free of pressure has also been questioned.

(...)

3.3 Media Situation

29. The Commissioner has received reports that certain of the Internet media resources and other media outlets which did not support the turn of events in the region since February have either relocated or closed down. Some media outlets and journalists have reportedly come under pressure due to the changing institutional and legal framework which has resulted in the application of more restrictive rules related to media work.
30. The Commissioner received information about two main “waves” of attacks against journalists: in March 2014, around the time of the “referendum”, and in 15–19 May 2014, around the commemoration day of the 1944 deportation of Crimean Tatars (18 May). One case involved a local journalist, Osman Pashaev, who was detained and physically assaulted by members of “self-defence” forces on 18 May 2014 in Simferopol and subsequently left Crimea. The Commissioner had an opportunity to meet with some of the affected journalists who shared with him their accounts of being intimidated or assaulted by members of the “self-defence” forces.
31. In Simferopol, the Commissioner received confirmation of reports that media outlets had received warnings and/or were undergoing checks with regard to their alleged involvement in “extremist” activities. Those journalists who were covering the march of Crimean Tatars on 3 May 2014 to the Armyansk checkpoint to meet the leader of Crimean Tatar community, Mr Mustafa Dzhemilev, were notably affected by these measures. Despite such actions, the Crimean Tatar television channel ATR continued to be broadcast at the time of the Commissioner's stay in the region. However, subsequently (24 September 2014), its general director received a letter from officials charged

with combating extremism motivated by the channel's change in content. In particular, the letter specified that the channel "persistently instils the perception about possible repression based on ethnic or religious grounds, fosters the formation of anti-Russian views, deliberately foments distrust among Crimean Tatars towards the authorities and their actions, which indirectly carries with it the threat of extremist activity".

32. A few days before the Commissioner's arrival in Simferopol, the apartment of a popular blogger, Elizaveta Bohut-ska, had been searched and she had reportedly been questioned in connection to the 3 May rally (see previous paragraph) and in relation to her media reports critical of the policies of the current power-holders in the region. Following those incidents, she decided to relocate from Crimea. The local leadership confirmed they were aware of this particular case, but had no intention to take any action on the matter.

(...)

3.4 Status of "Self-Defence" Forces (*Samooborona*)

34. The legal status and functions of the Crimean "Self-Defence" (*Samooborona Kryma*)—auxiliary forces which have been playing a visible role in the events of February–March 2014 and thereafter—were also among the issues raised by the Commissioner with his interlocutors in the region. As was mentioned in previous sections, the Commissioner received numerous reports that those forces have apparently been engaged in performing certain quasi-police functions and that, on a number of occasions, members of those forces have reportedly been implicated in cases of serious human rights violations, including abductions, arbitrary detention, ill-treatment and attacks against journalists. One of the many cases communicated to the Commissioner involved two activists, Andriy Schekun and Anatoly Kovalsky, who were detained and allegedly ill-treated by those forces on 9 March 2014. After spending eleven days detained in an unknown location, they were transferred to the territory under control of the Ukrainian government.
35. During his mission, the Commissioner heard several accounts about abuses committed by members of these units in relation to those expressing critical views about the events unfolding in the region, including journalists, representatives of ethnic minorities and other vulnerable groups. He was also informed about their alleged involvement in the seizure and "nationalisation" of private enterprises. One such case occurred during the Commissioner's mission and was effectively acknowledged by the local leadership, who indicated that the interference was made due to unlawful actions by the company in question.
36. In June this year the local legislative body, in an apparently retroactive manner, endorsed a proposal to "legalise" those forces through an act which provided them with a rather wide range of functions, but included only a limited number of checks and appropriate safeguards. Furthermore, the Commissioner was informed that there were two legislative initiatives—one introduced locally and another one pending in the State Duma—which provides for immunity from prosecution for actions committed by members of those forces after February 2014.

(...)

3.5 Situation of Human Rights Defenders and Human Rights Structures

41. On 5 March 2014, a group of human rights defenders from Ukraine, the Russian Federation and Crimea established the Crimean Human Rights Field Mission, with a view to ensuring the continued monitoring of the human rights situation on the ground. The mission acts from a politically neutral position and pays particular attention to interethnic and interreligious relations, as well as the actions of public authorities and their representatives. Since its creation, the mission has been issuing reports regularly and has come to represent a key source of information about human rights developments in Crimea. During his stay in the region, the Commissioner had an opportunity to meet with several activists working with the Crimean Human Rights Field Mission and other local civil society organisations who provided him with their insights into the complex environment in which they have to operate and the challenges that they encounter. In the course of discussions with various interlocutors throughout the mission, the Commissioner emphasised the need to promote safe and favourable conditions for the work of human rights NGOs. An open and meaningful dialogue between the authorities and civil society would certainly contribute to promoting better understanding and reconciliation among the different groups of people residing in Crimea.
42. The Commissioner received certain reports about instances of intimidation and harassment against human rights activists. Such episodes—if they are not condemned unequivocally—may foster negative stereotypes and preju-

dices towards human rights defenders in general. They can also lead to concrete difficulties and obstacles for the effective conduct of human rights work. The Commissioner would like to reiterate the principle that when individuals—together with others or alone—speak out for human rights or work for them with other means, they should be free to do so without being subjected to pressure. He would like to pay tribute to the human rights organisations working in the region for their commitment to fulfilling their mission, despite the challenges and risks involved.

(...)

3.6 Citizenship-Related Issues

44. During his mission, some of the Commissioner's interlocutors drew his attention to various aspects of the on-going process of issuance of Russian passports (commonly referred to as "passportisation") and shared their concerns as to how the choices made by various individuals may eventually affect their access to and enjoyment of a number of human rights.

45. The Russian Federation stipulated in its legislation that all permanent residents on the territory of Crimea, unless they explicitly refuse Russian citizenship, will become citizens of the Russian Federation one month after the date on which, according to the Russian Federation, Crimea was incorporated into its territory. Ukraine does not recognise "forced automatic admission" into Russian citizenship by Crimean residents and does not consider it a ground for deprivation of Ukrainian citizenship.

46. The Commissioner received several reports suggesting that the wish of the person concerned was not always taken into account throughout the above-mentioned process. It is difficult to establish at present in how many cases persons have "automatically" become Russian citizens, i.e. since they did not refuse Russian citizenship within the allocated period of time. In at least some of these cases there are reasons to believe that the affected persons did not have an effective possibility to exercise their choices (see below). The Commissioner was also made aware of some cases of persons who reportedly wished to acquire Russian citizenship but were not in a position to do so due to certain "eligibility" criteria (lack of proof of permanent residence has frequently been invoked in such cases).

(...)

48. Another issue of concern raised by the Commissioner's interlocutors relates to the effective possibility to express one's wishes. The period granted for initiating a procedure to refuse Russian citizenship was very short (one month, expiring on 18 April 2014). Moreover, instructions from the relevant migration service as to the exact procedure to follow were only available as of 1 April 2014. Furthermore, information about the places where the relevant application should be submitted was only available after 4 April; from 4 to 9 April only two such places, in Sevastopol and in Simferopol, were functioning; as of 10 April, a total of nine localities had been made available. Finally, additional requirements were introduced during the process, such as the necessity to make an application in person, or that both parents were required for the application of a child.

49. Certain persons in closed institutions might have experienced difficulties with expressing their consent. This in particular applies to those imprisoned on remand or serving a sentence, as well as people in other closed institutions (geriatric institutions, hospitals and psycho-neurological clinics, orphanages, etc.) Concerning prisoners, the Commissioner received information that they had been "consulted" as to their preference, but no details were provided as to the exact procedure followed.

50. Persons who find themselves in the situation described above should also have all the necessary information enabling them to make an informed choice. In other words, they should be fully informed and have a clear understanding of all possible legal consequences attached to one option or the other. While individuals who initiated a procedure for refusing Russian citizenship were asked to sign a document stating they were fully aware of the legal consequences of their decision, it would appear that a whole range of important issues related to their future status has not been clarified to date. First and foremost, questions have been raised as to whether these individuals will "automatically" acquire permanent resident status or not, and to what extent this will affect their social and economic rights, access to employment, and similar issues.

51. For certain groups of individuals—such as civil servants—the decision not to accept Russian citizenship meant the loss of their current employment. The Commissioner also received reports suggesting that public sector employees (e.g. teaching staff in universities and other educational institutions) were also "advised" to renounce their Ukrainian citizenship.

(...)

3.8 Access of International Humanitarian and Human Rights Organisations

53. There appears to be an issue with regard to free and unhindered access of international organisations and missions to the region, including those whose mandate is to provide independent and impartial monitoring of the human rights situation. Some of these obstacles stem from the relevant legislative framework, others from its practical implementation; still others arise from what appears to be an arbitrary or selective application of the rules by the relevant executing bodies. Except for the Council of Europe Commissioner for Human Rights, representatives of other international institutions, including UN OHCHR, have not been able to secure access of their monitors to the region after March 2014.
54. On 15 April 2014, the Ukrainian Parliament (*Verkhovna Rada*) adopted a law “On legal guarantees of people’s rights and freedoms on the temporarily occupied territories of Ukraine.” While it contains no restrictions on the freedom of movement for Ukrainian citizens to/from Crimea, the law provides for restrictions on the freedom of movement of foreigners and stateless persons. According to Article 10.2 of the law, these categories of visitors should obtain a special permit to enter/leave the territory of the peninsula through specific entry points (along the boundary line between the Crimean peninsula and Kherson oblast). The procedure for obtaining special permits is to be determined by the Cabinet of Ministers (Government of Ukraine). At the same time, Article 5 of the law reiterates the State’s obligation to undertake all the necessary measures to guarantee rights and freedoms of the persons residing on the territory of the peninsula. At the time of drafting this report, the procedure for entry into the region was still under elaboration. In his discussions with the official interlocutors in Kyiv, the Commissioner emphasised that it was of utmost importance to ensure that the procedure in question be formulated in a way that would facilitate the work of humanitarian organisations and international human rights monitors and missions in the region.
55. During his exchange of views in Moscow with the Deputy Minister of Foreign Affairs, the Commissioner formed the impression that the Russian authorities consider that the access route via Moscow represents the best option under the current circumstances. Apart from the requirement to obtain a Russian visa, the Commissioner does not have information suggesting that the legislation which is effectively (de facto) applied in the region imposes any additional or separate rules or procedures on foreign citizens and/or stateless persons wishing to enter the region by land from the north.

(...)

Quelle: Report by Nils Muižnieks, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, Following His Mission in Kyiv, Moscow and Crimea from 7 to 12 September 2014, Strasbourg, 27 October 2014, <<https://wcd.coe.int/com.instranet.InstraServlet?command=com.instranet.CmdBlobGet&InstranetImage=2624575&SecMode=1&DocId=2197556&Usage=2>>.

Außenministerium Russlands über den Bericht des Menschenrechtskommissars des Europarates, Nils Muižnieks

Kommentar des Departements für Information und Presse des Außenministeriums Russlands zum Bericht des Menschenrechtskommissars des Europarates, Nils Muižnieks, über die Ergebnisse seiner Reise in die Ukraine und die Russische Föderation (30.10.2014)

Wir sind enttäuscht über den auf der Homepage des Europarates veröffentlichten Bericht des Menschenrechtskommissars des Europarates, Nils Muižnieks, über die Ergebnisse seiner September-Reise in die Ukraine und die Russische Föderation, einschließlich der Krim. Wir sind weder mit dessen Form, noch mit dem Inhalt zufrieden.

Entgegen den eigenen Versicherungen des Kommissars konnte er dieses Dokument nicht in neutraler Form verfassen und dabei politisierende, konfrontierende und unobjektive Einschätzungen vermeiden, so auch in Fragen, die über den Rahmen seines Mandats hinausgegangen sind.

Wir erachten insbesondere jene Formulierungen des Berichts für unpassend und inkorrekt, die als Position des Kommissars zugunsten einer angeblichen Zugehörigkeit der Krim zu Ukraine ausgelegt werden könnten. Es geht hier um die Bezugnahme auf den berüchtigten Beschluss des Ministerkomitees des Europarates vom April d.J., der von der Russischen Föderation nicht unterstützt wird, und der eine »Verurteilung« des »gesetzwidrigen Referendums« auf der Krim und in Sewastopol und deren »illegaler Annexion« enthält. Außerdem ist Punkt 54 des Berichts über die

Lage auf der Krim offen herausfordernd und provokant, da darin das von der Werchowna Rada der Ukraine erlassene, berüchtigte Gesetz über die »vorübergehend okkupierten Territorien« abgesegnet wird.

Es wirft auch die vom Kommissar verwendete Methodologie der Vorbereitung des Berichts Fragen auf, die ernsthaft auf die Qualität und die Objektivität seiner Schlussfolgerungen und Einschätzungen Einfluss genommen hat. So werden weitreichende und auf Globalität pochende Schlussfolgerungen aus einzelnen Vorfällen gezogen, von denen Muižnieks unter anderem erst nach Abschluss seines Besuches erfahren hat. Als Informationsquellen werden Hinweise auf Erklärungen und Unterlagen einer gewissen »Krimmer Feldmission für Menschenrechte«, sowie auch Berichte des Büros des UNO-Hochkommissars für Menschenrechte (UNHCHR) angeführt. Hinsichtlich letzterer möchten wir an den zweifelhaften Wert dieser Berichte erinnern, was wir wiederholt unterstrichen haben, sowie an unsere grundlegende Haltung bezüglich der Unangebrachtheit jeglicher Verweise auf die Krim in der Dokumenten der UNHCHR, die sich auf die Menschenrechtslage in der Ukraine beziehen. Außerdem weiß der Kommissar des Europarates sehr wohl, dass das Büro des UNO-Hochkommissars für Menschenrechte in der Person des Sekretärs Ivan Shimonovich seine Schlussfolgerungen »aus der Ferne« zieht, ohne auf dem Territorium des Krimmer Föderalen Kreises der Russischen Föderation vertreten zu sein.

Praktisch völlig ignoriert wurden Informationen, die die russische Seite geliefert hat, so auch die Leitung der Republik Krim, sowie Maßnahmen zur Wahrung der Rechte der Bewohner der Halbinsel als Staatsbürger der Russischen Föderation. Es fehlt auch jegliche Erwähnung des Erlasses des Präsidenten der Russischen Föderation über die vollständige Rehabilitierung einer Reihe von Völkern, die auf der Krim leben, einschließlich der Krimtataren. Soweit uns bekannt ist, wurden die Treffen des Kommissars mit Vertretern der Zivilgesellschaft nach dem Zufalls-generator ausgewählt, ohne Empfehlungen – insbesondere der Menschenrechtsbevollmächtigten in der Russischen Föderation, Ella Pamfilova, zu berücksichtigen. All das verleiht dem von Nils Muižnieks erstellten Bericht ganz sicher nicht mehr Objektivität.

Letztendlich ist der Abschnitt des Berichts über einen gewissen »Zugang internationaler humanitärer und Menschenrechtsorganisationen« unangebracht und er geht über den Rahmen des Mandats des Kommissars hinaus. Wir möchten unterstreichen, dass die Russische Föderation keine internationale Verpflichtung hat, irgendwelchen Zwischenregierungs- und Nichtregierungsorganisationen Zutritt auf ihr Staatsgebiet zu gewähren. Diese Frage wird durch die Normen der russischen Gesetzgebung geregelt. Dem Kommissar ist bekannt, dass die Lage auch in anderen Mitgliedsstaaten des Europarates ähnlich aussieht, sowie auch außerhalb dieser Organisation. Wir stimmen Nils Muižnieks dahingehend zu, dass die »Frage des Zutritts zu Regionen nicht politisiert werden sollte«, und wir rufen den Kommissar selbst dazu auf, dieser These zu folgen und sich streng an sein Mandat zu halten.

Wir sehen uns gezwungen festzuhalten, dass der vom Kommissar für Menschenrechte des Europarats erstellte Bericht die einseitige Haltung von Nils Muižnieks bestätigt, die dieser bereits zu Beginn der Ukraine Krise hinsichtlich der Ereignisse in unserem Bruderland eingenommen hat, und dass er faktisch vollständig die umfassenden Verletzungen der Menschenrechte und des internationalen humanitären Rechts – so auch im Südosten – ignoriert. Leider hat er nicht die Zeit gefunden, in den Gebieten Donezk und Lugansk zu verweilen, er hat nicht einmal die Absicht geäußert, dies zu tun. Wir rufen den Kommissar dazu auf, diese »Lücke« zu füllen, was zu mehr Objektivität bei der Einschätzung der wahren Lage auf dem Gebiet der Menschenrechte in der Ukraine beitragen würde.

Quelle: <http://www.mid.ru/bdomp/brp_4.nsf/191dd15588b2321143256a7d002cfd40/36da8f63ac7d0717c3257d890023ac21!OpenDocument>.

Neuorientierung:

Perspektiven für den Außenhandel zwischen der Ukraine und Russland

Von Roland Götz, Wiltingen

Zusammenfassung

Weil im Rahmen des Freihandelsabkommens fast alle Zölle zwischen der Ukraine und der EU abgeschafft werden, wird der Warenaustausch zwischen beiden Wirtschaftsräumen intensiviert. Dass gleichzeitig der Russlandhandel der Ukraine einbricht, hat vor allem politische Gründe: Die ukrainische Regierung will das Land vom Gasimport aus Russland unabhängig machen und hat als Reaktion auf die Krim-Annexion und Russlands Intervention in der Ostukraine den Rüstungshandel mit Russland beendet. Vision bleibt eine Freihandelszone unter Einschluss der EU, der Ukraine und der Länder der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft, wie sie vom Präsidenten Putin vorgeschlagen wurde.

Die Auswirkungen des Freihandelsabkommens

Das Assoziierungsabkommen mit der EU samt dem Freihandelsabkommen eröffnet der Ukraine, deren Wirtschaft 2014 einen Abschwung erleidet, die Aussicht auf wirtschaftliche Erholung. Aus Sicht Russlands jedoch werden durch das Abkommen hohe Hürden für die Wirtschaftsbeziehungen der Ukraine mit den Ländern der Eurasischen Wirtschaftsunion (Russland, Belarus, Kasachstan, Armenien) aufgebaut. Der Berater Putins in Fragen der Eurasischen Wirtschaftsunion Sergej Glasjew prophezeite der Ukraine als Folge der Hinwendung zum Westen geradezu »ökonomischen Selbstmord«. Jedoch auch westliche Beobachter befürchten, dass die ukrainische Wirtschaft gegenüber der Konkurrenz aus der EU nicht bestehen könnte. Derartige pauschale Urteile sind überzogen, jedoch kann nicht in Abrede gestellt werden, dass das Freihandelsabkommen der Ukraine sowohl wirtschaftliche Chancen eröffnet als auch wirtschaftliche Probleme bereitet.

Das Freihandelsabkommen in seiner für die Ukraine ausgearbeiteten »vertieften und umfassenden« Version (Deep and Comprehensive Free Trade Agreement, DCFTA) soll den Austausch von Waren und Dienstleistungen zwischen den EU-Ländern und der Ukraine erleichtern, Unternehmen aus der EU zu Investitionen in der Ukraine anregen und die Modernisierung der ukrainischen Wirtschaft voranbringen. Zwischen der EU und der Ukraine werden fast alle Zolltarife abgeschafft, mengenmäßige Beschränkungen des Exports und Imports und andere Handelshemmnisse für den Waren- und Dienstleistungsverkehr abgebaut und die technischen Standards der Ukraine denen der EU angeglichen. All diese Änderungen werden schrittweise geschehen, wobei für den Agrarbereich bis zu zehnjährige Übergangsfristen gelten. Sie werden »asymmetrisch« eingeführt, wobei die Zölle und Handelsschranken der EU schneller beseitigt werden als die der Ukraine.

Kurzfristig ist zu erwarten, dass als Folge des Freihandelsabkommens der Handel zwischen der EU und der Ukraine auf Kosten des Warenaustauschs mit anderen Ländern intensiviert werden wird. Angeblich um diesen Effekt zu vermeiden, hat Russland erhebliche Änderungen im Freihandelsabkommen verlangt. Erstens sollen für 20 Prozent der Warengruppen die Zölle langsamer gesenkt werden als vorgesehen, damit die entsprechenden Erzeugnisse aus Russland nicht rasch vom ukrainischen Markt verdrängt werden. Zweitens möchte Russland verhindern, dass durch die Angleichung technischer Vorschriften an EU-Standards russischen Erzeugnissen der Zugang zum ukrainischen Markt verbaut wird. Drittens verlangt Russland, dass die im Abkommen vereinbarten gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Vorschriften nicht angewendet werden, soweit sie russischen Bestimmungen widersprechen. Wird den Bedenken nicht Rechnung getragen, will Russland die bestehende Zollfreiheit für Waren aus der Ukraine aufheben (wobei bereits im September 2014 Zölle auf Lebensmittel aus der Ukraine eingeführt wurden).

Um die politische Situation zu entschärfen und die Verhandlungen über die Umsetzung des Minsker Waffenstillstandsabkommens nicht zu gefährden, erklärten sich die EU und die Ukraine bereit, das Inkrafttreten des Freihandelsabkommens von November 2014 auf den Jahresanfang 2016 zu verschieben. Dabei sind die von Russland vorgebrachten Einwände keineswegs überzeugend. Russlands Warenausfuhren in die Ukraine machen nur vier Prozent seiner Gesamtexporte aus. Ihre eventuelle Verminderung kann daher keine ernsthafte Bedrohung für Russlands Volkswirtschaft darstellen. Und nicht erst das Freihandelsabkommen der Ukraine mit der EU stellt Russland vor die Aufgabe, seine technischen und sanitären Standards an die der EU anzugleichen, sondern der viel gewichtigere Umstand, dass Russland die Hälfte seines Außenhandels mit EU-Ländern

abwickelt. Russlands Einsprüche gegen das Freihandelsabkommen sind daher eher als Ausdruck der Missbilligung der Annäherung der Ukraine an die EU und der Absage der Teilnahme an der von Russland geführten Eurasischen Wirtschaftsunion zu verstehen, als dass sie der Besorgnis um die eigene Volkswirtschaft entspringen.

Die Ukraine betreibt bereits seit 2011 im Rahmen des multilateralen Freihandelsabkommens der GUS-Länder zollfreien Handel mit Russland. Wird der Freihandel nicht aufgekündigt, so bestehen Chancen, dass sich bei einem Nachlassen der politischen Spannungen der Warenaustausch zwischen der Ukraine und Russland von dem Einbruch des Jahres 2014 erholen wird. Sein Umfang wird aber auf Dauer – als Folge der Attraktivität des viel größeren EU-Markts – hinter dem Handelsumsatz zwischen der Ukraine und den EU-Ländern zurücktreten. Grundsätzlich steht das Freihandelsabkommen zwischen der Ukraine und der EU dem bestehenden Freihandelsabkommen der Ukraine mit den Ländern der eurasischen Zollunion (Russland, Belarus, Kasachstan) und der künftigen Wirtschaftsunion nicht im Wege. Erst wenn die Ukraine Mitglied der EU – ebenfalls einer Zollunion – geworden wäre, würde diese Möglichkeit entfallen. Es ist im wohlverstandenen Interesse sowohl der Ukraine als auch Russlands, den gegenseitigen Warenaustausch nicht durch die Errichtung von Zollschranken zu erschweren, sondern die wohlfahrtssteigernden Effekte des freien Handels zu nutzen. Das Freihandelsabkommen mit der EU schließt zwar den Beitritt der Ukraine zur eurasischen Zollunion aus, bedeutet aber nicht, dass die Ukraine auf handelspolitischem Gebiet eine »Wahl zwischen Ost und West« treffen musste.

Der Russlandhandel der Ukraine im Überblick

Die Ukraine mit ihren 46 Millionen Einwohnern und einem Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 170 Milliarden US-Dollar hat zwei große, allerdings ungleiche Nachbarn: Im Osten Russland mit 145 Millionen Einwohnern und einem Bruttoinlandsprodukt in Höhe von zwei Billionen US-Dollar, im Westen die EU mit 500 Millionen Einwohnern und einem Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 17 Billionen US-Dollar. Nach dem (empirisch gut bestätigten) Gravitationsmodell des Außenhandels, das Newtons Gravitationsgesetz auf die Handelsströme überträgt, müsste die Ukraine – die ungefähr gleichweit von den wirtschaftlichen Schwerpunktregionen der beiden Nachbarn entfernt liegt – weit stärkere Wirtschaftsbeziehungen zur EU unterhalten als zu Russland. Tatsächlich waren die Handelsbeziehungen der Ukraine nach Osten und Westen als Erbe der sowjetischen Vergangenheit in den letzten Jahren

jedoch ungefähr gleichstark. 2013 ging vom gesamten Warenexport der Ukraine jeweils ein Viertel nach Russland und in die EU, beim Import hatten die EU und Russland jeweils einen Anteil von rund einem Drittel (s. Tabelle 1). Sowohl aus der EU als auch aus Russland hat die Ukraine 2013 mehr importiert als exportiert, während sie im Handel mit der übrigen Welt einen Überschuss erzielte. Die Dienstleistungsbilanz der Ukraine mit dem Ausland, die Transportleistungen und den Fremdenverkehr verzeichnet, wies 2013 einen Überschuss auf, der überwiegend im Handel mit Russland erzielt wurde (s. Tabelle 2). Der größte Posten waren mit 3,3 Milliarden Dollar die Transitgebühren, welche die Ukraine für die Weiterleitung von Erdgas und Erdöl aus Russland in die EU erhielt.

Den ukrainischen Export nach Russland führten bislang Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge (Eisenbahnwaggons), Rüstungsgüter und Metalle (Stahl) an. Dann folgten Nahrungsmittel und chemische Produkte (s. Tabelle 3). Die größten Russlandexporteure waren die Regionen Luhansk, Saporishshja, Dnipropetrowsk, Poltawa, Donezk, Charkiw und das Gebiet Kiew (s. Tabelle 4). Importiert hat die Ukraine aus Russland bislang überwiegend Energieträger.

Als Folge der durch das Assoziierungsabkommen verstärkten wirtschaftlichen und politischen Hinwendung der Ukraine (ohne Krim und Donbas) zur EU werden sich langfristig Verhältnisse ergeben, die dem Gravitationsmodell des Außenhandels eher als bisher entsprechen, nämlich ein mehrfach höherer Außenhandelsumsatz der Ukraine mit der EU als mit Russland. Daneben ist zu erwarten, dass die von Separatisten kontrollierten Teile des Donbas (also die östlichen Gebiete der Regionen Luhansk und Donezk) wie auch die Krim ihre Handelsbeziehungen zukünftig fast ausschließlich mit Russland abwickeln werden.

Bereits 2014 haben sich durch den Abbruch vieler Handelsbeziehungen mit Russland und die im Vorgriff auf das ab 2016 geltende Freihandelsabkommen herabgesetzten Einfuhrzölle der EU neue Handelsstrukturen herausgebildet. Importe und Exporte der Ukraine sind nahezu gleichgroß, weil die Exporte gegenüber 2013 um rund 10 Prozent und die Importe um rund 25 Prozent zurückgingen. Für 2015 ist bei fortgesetzter Abwertung der Währung einerseits eine Stagnation der Importe auf dem Niveau von 2014, andererseits ein leichtes Exportwachstum zu erwarten. Die Ukraine hat durch ihren flexiblen Wechselkurs bessere Aussichten auf eine Überwindung der wirtschaftlichen Krise als die Länder im Euroraum, denen der Ausweg der Währungsabwertung versagt ist.

Die größten Veränderungen im Russlandhandel der Ukraine sind im Energiebereich (und hier beim Gasim-

port) sowie beim Rüstungsexport zu beobachten und noch zu erwarten. In beiden Fällen spielen nicht ökonomische, sondern politische Entscheidungen die Hauptrolle. Die Einstellung des Rüstungsgeschäfts mit Russland war vom ukrainischen Präsidenten als Reaktion auf das Eingreifen der Armee Russlands auf der Krim und in der Ostukraine angeordnet worden. Die ukrainische Regierung strebt mittelfristig den Verzicht auf Erdgas aus Russland an.

Die Zukunft des Energiehandels ist ungewiss

Unter den Importen der Ukraine aus Russland stand bislang Erdgas an erster Stelle, gefolgt von Rohöl und Ölprodukten sowie Kohle. Nicht nur, weil Erdgas die Hälfte des Werts des Russlandimports der Ukraine ausmachte, sondern auch, weil man sich in der Ukraine durch einen zu hohen Gaspreis übervorteilt sah, ist der Gasimport aus Russland 2006, 2009 und 2014 Anlass für Streit und Lieferblockaden gewesen. Dagegen verlief der Handel mit Öl, Benzin und Diesel sowie Kohle ohne derartige Störungen. Ende Oktober 2014 konnte der Gaskonflikt nach monatelangen Verhandlungen durch eine Regelung beigelegt werden, welche die für Mitte 2015 zu erwartende Entscheidung des Stockholmer Schiedsgerichts zum Gaspreis und zu den Gaschulden der Ukraine vorläufig vorwegnimmt. Auf dieser Grundlage kann die Ukraine im Winter 2014/15 die für die Deckung des Inlandsbedarfs erforderlichen Gasmengen von Gazprom kaufen. Auch im Sommer 2015 wird man die leeren Gasspeicher weit überwiegend nur mit Gas aus Russland füllen können. Aber mittelfristig will man sich aus eher politischen als ökonomischen Gründen von Russlands Erdgas unabhängig machen, was nach 2019 mit Auslaufen des mit Russland 2009 abgeschlossenen Gaslieferungsvertrags ohne rechtliche Schwierigkeiten möglich wäre.

Bei einem jährlichen Gasverbrauch von bis zu 50 Milliarden Kubikmeter und bei einer eigenen Förderung von 20 Milliarden Kubikmeter werden bis zu 30 Milliarden Kubikmeter pro Jahr aus dem Ausland benötigt. Zwei bislang diskutierte Auswege entfallen: Mit der Annexion der Krim durch Russland ist die Hoffnung auf Ausbeutung der dort entdeckten Offshore-Vorkommen zunichte gemacht worden. Auch die Aussichten für eine Unterwasser-Pipeline, die Gas aus Aserbaidschan über Georgien in die Ukraine leiten sollte, wobei die Streckenführung über die Krim geplant war (White Stream), sind geschwunden.

Bislang wurden aus dem Westen nur geringe Mengen aus Polen und Ungarn bezogen. Nach Plänen der ukrainischen Regierung soll nun mit Hilfe von Krediten der EBRD bis Ende 2016 eine große Gaspipeline

von Polen in die Ukraine gebaut werden, die eine Kapazität von 80 Millionen Kubikmeter pro Tag (29 Milliarden Kubikmeter pro Jahr) aufweist. Da Polen selbst kein Gasexportland ist, müsste sie mit Gas aus Deutschland, das zum Teil aus Russland stammt, gefüllt werden. Nur einen geringen Beitrag zur Gasversorgung der Ukraine könnte das im Bau befindliche LNG-Terminal im polnischen Świnoujście leisten, das 2015/16 in Betrieb gehen wird und Flüssiggas aus Katar aufnimmt – freilich zu Kosten, die höher als die für Pipelineimporte liegen.

Die Einstellung des Gasimports aus Russland kann einen Anstoß für die Entwicklung der erneuerbaren Energien in der Ukraine geben, die bislang nur einen bescheidenen Anteil von zwei Prozent an der Energieerzeugung und sechs Prozent an der Stromerzeugung (Wasserkraft) haben. Das Potential für Wind- und Sonnenenergie sowie für Biomasse ist in der Ukraine erheblich, wird aber nur allmählich einen Teil des Energieträgerimports entbehrlich machen können.

Der Energieeinsatz ist in der Ukraine im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt doppelt so hoch wie in Russland und zehnmal so hoch wie im Durchschnitt der OECD-Länder. Um ihn zu senken und damit Verbrauch und Import von Energieträgern zu vermindern, müssen abgenutzte Strom- und Wärmekraftwerke und Gebäude saniert und Maschinen in allen Bereichen der Wirtschaft gegen modernere ausgetauscht werden. Einerseits werden dadurch der spezifische Energieverbrauch und damit auch der Energieträger-Importbedarf vermindert, andererseits wird dieser Effekt wieder aufgehoben, wenn die ukrainische Wirtschaft in eine Wachstumsphase übergeht.

Der Handel mit Rüstungsgütern wird beendet

Die ukrainische Rüstungsindustrie, die im Staatskonzern »Ukrainische Rüstungsindustrie« (Ukroboronprom) zusammengefasst ist, beschäftigte 2013 in 130 Betrieben mehr als 120.000 Personen bei einem Umsatz von knapp zwei Milliarden US-Dollar. Rund 70 Prozent der produzierten Waffen, Geräte und Bauteile wurden exportiert, drei Viertel davon nach Asien und Afrika, ein Viertel nach Europa und in die GUS-Staaten.

Nachdem Präsident Petro Poroschenko im April 2014 die Kooperation bei Rüstungsgütern und im Juni auch die Ausfuhr von Dual-use-Gütern untersagt hatte, werden – zumindest offiziell – keine militärisch nutzbaren Produkte mehr nach Russland exportiert. Dadurch entfällt die Lieferung von Bauteilen für die älteren sowjetischen Interkontinentalraketen (SS18, SS-19, SS-25), für Hubschraubermotoren, die bisher von der ukrainischen Motor-Sitsch in Saporishshja geliefert worden waren, von Gasturbinen und Getrieben für Schiffe, die

von Sorja-Maschprojekt in Mykolajiw hergestellt wurden, von Feuerleitanlagen für Panzer und Flugzeuge sowie von ganzen Flugzeugen, darunter die großen Transportmaschinen des Flugzeugwerks Antonow bei Kiew.

Allerdings hatte Russland sich bereits teilweise aus der Rüstungskoooperation mit der Ukraine zurückgezogen. In Russland werden bereits das Boden–Luft-System S 400 und die Hubschrauber Ka-52 und Ka-60 produziert, deren Vorläufer noch in Gemeinschaftsprojekten mit der Ukraine entwickelt worden sind. Auch die moderne Interkontinentalrakete Topol-M und die U-Boot-Rakete Bulawa werden schon ohne Beteiligung des ukrainischen Konstruktionsbüros Juschnoje und der Fabrik Juschmasch (Dnipropetrowsk) hergestellt.

Präsident Putin hat den Spezialisten in der ukrainischen Rüstungsindustrie bereits neue Arbeitsplätze in Russland versprochen. Davon abgesehen werden in Russland große Anstrengungen unternommen, um die Importe von militärischen Erzeugnissen durch heimische Produkte zu ersetzen. Eine derartige Importsubstitution erfordert allerdings Zeit und Kosten: Putin sprach von zweieinhalb Jahren und einer halben Milliarde US-Dollar.

Bei konsequenter Durchsetzung des Ausfuhrverbots von militärischen und Dual-use-Gütern nach Russland verliert die ukrainische Rüstungsindustrie rund 20 Prozent ihrer Exporte. Gleichzeitig wird bei einem Importstopp von Komponenten aus Russland aber auch die Fähigkeit zur Produktion einer Reihe von Erzeugnissen, die für den Export in andere Länder bestimmt sind,

reduziert. Ob sich für die ukrainische Rüstungsindustrie neue Märkte im Westen eröffnen, wird die Zukunft zeigen. Schwerpunkte des Waffenexports dürften auch in Zukunft der Nahe Osten, Indien und China bleiben.

Ausblick

Da Russlands Rüstungsindustrie von der Regierung angehalten ist, Importe aus der Ukraine durch eigene Produkte zu ersetzen, bestehen keine Aussichten für die Wiederherstellung der früheren Kooperationsbeziehungen beider Länder auf dem Rüstungsgebiet. Die Zukunft des Gasimports der Ukraine aus Russland wird davon abhängen, ob die Pipelinepläne der ukrainischen Regierung realisiert werden können und ob westeuropäische Gaslieferanten bereit und in der Lage sind, an Gazproms Stelle zu treten.

Die Ukraine braucht auf dem Gebiet des Außenhandels keine »Wahl zwischen Ost und West« zu treffen, denn sie kann Freihandel sowohl mit den EU-Ländern als auch mit denen der eurasischen Zollunion und Wirtschaftsunion betreiben. Vision bleibt allerdings vorerst eine die Ukraine einschließende Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok, die von Putin im November 2010 vorgeschlagen und im Oktober 2014 von Russlands Außenminister Lawrow erneut ins Gespräch gebracht worden ist. Sie wäre nur möglich, nachdem die EU und die eurasische Zollunion ihre jeweiligen Außenzölle angeglichen haben. Aber als Bestandteil einer Langfristkonzeption für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU, der Ukraine und Russland kommt sie in Betracht.

Über den Autor

Dr. Roland Götz hat sich am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) in Köln und an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin mit der Sowjetwirtschaft und der Wirtschaft Russlands beschäftigt.

Lesetipps:

- Deutsche Beratergruppe: Freihandel mit »Ost und West« ist doch möglich! In: Newsletter 66/2014, <http://www.beratergruppe-ukraine.de/download/Newsletter/2014/Newsletter_66_Deutsche%20Beratergruppe.pdf?PHPSESSID=89247f7844605f64bbc9327b8b45548a>.
- German Advisory Group: Ukrainian exports to Russia. Sector and regional exposure. Berlin/Kyiv 2014, (= Technical Note 03/2014), <http://www.beratergruppe-ukraine.de/download/TN/TN_03_2014_en.pdf>.
- German Advisory Group: Ukrainian machine building. Strategic options and short term measures in view of trade disruptions with Russia. Berlin/Kyiv 2014, <http://www.beratergruppe-ukraine.de/wordpress/wp-content/uploads/2014/06/PP_02_2014_en.pdf>.
- Ricardo Giucci: Wie wichtig ist das EU-Freihandelsabkommen für die Ukraine? Eine Einschätzung, in: Ukraine-Analysen 119/2013, S. 2–3, <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen119.pdf>>.
- Germany Trade and Invest: Lieferausfälle schaden Russland und der Ukraine gleichermaßen, 30.04.2014, <<http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/maerkte,did=1003238.html>>.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Der Handel zwischen der Ukraine und Russland

Tabelle 1: Außenhandel der Ukraine 2013 – Warenhandel

	Alle Länder	Davon nach/von:		
		Russland	EU	Rest der Welt
Export (Mrd. US-Dollar)	63	15	17	31
Anteil %	100	24	27	49
Import (Mrd. US-Dollar)	77	23	27	27
Anteil %	100	30	35	35
Saldo (Mrd. US-Dollar)	-14	-8	-10	4

Quelle: Staatlicher Dienst für Statistik der Ukraine, <<http://ukrstat.gov.ua/>>.

Tabelle 2: Außenhandel der Ukraine 2013 – Dienstleistungen

	Alle Länder	Davon nach/von:		
		Russland	EU	Rest der Welt
Export (Mrd. US-Dollar)	14,8	5,5	5,0	4,4
Anteil %	100	37	34	30
Import (Mrd. US-Dollar)	7,6	1,3	3,6	2,8
Anteil %	100	16	47	37
Saldo (Mrd. US-Dollar)	7,2	4,2	1,4	1,6

Quelle: Staatlicher Dienst für Statistik der Ukraine, <<http://ukrstat.gov.ua/>>.

Tabelle 3: Warenexport der Ukraine nach Russland nach Wirtschaftszweigen 2013

Wirtschaftszweig	Anteil des Russland-exports am Gesamtexport des Zweiges (%)	Anteil der Zweigproduktion an der Gesamtproduktion des Landes (%)	Anteil des Gesamtexports des Zweigs an der Zweigproduktion (%)	Anteil des Russlandexports des Zweigs an der Zweigproduktion (%)	Russland-export (Mio. US-Dollar)
	(1)	(2)	(3)	(4) = (1)x(3)/100	(5)
Maschinenbau	52	7	43	22	5.267
Metallurgie	22	9	62	14	3.907
Chemie, Gummi, Plaste	24	4	37	9	1.059
Nahrungsmittel-erzeugung	21	12	16	3	1.737

Anmerkung: Es sind nur diejenigen Wirtschaftszweige dargestellt, bei denen der Anteil der Zweigproduktion an der volkswirtschaftlichen Produktion (Spalte 2) sowie der Anteil der Russlandexporte an der sektoralen Warenproduktion (Spalte 4) jeweils mehr als zwei Prozent betragen. In den Maschinenbauerzeugnissen sind Dual-use-Güter, nicht aber Waffen und militärisches Material ausgewiesen.

Quelle: German Advisory Group: Ukrainian exports to Russia. Sector and regional exposure. Berlin/Kyiv 2014, S. 7–11, (= Technical Note 03/2014), <http://www.beratergruppe-ukraine.de/download/TN/TN_03_2014_en.pdf>.

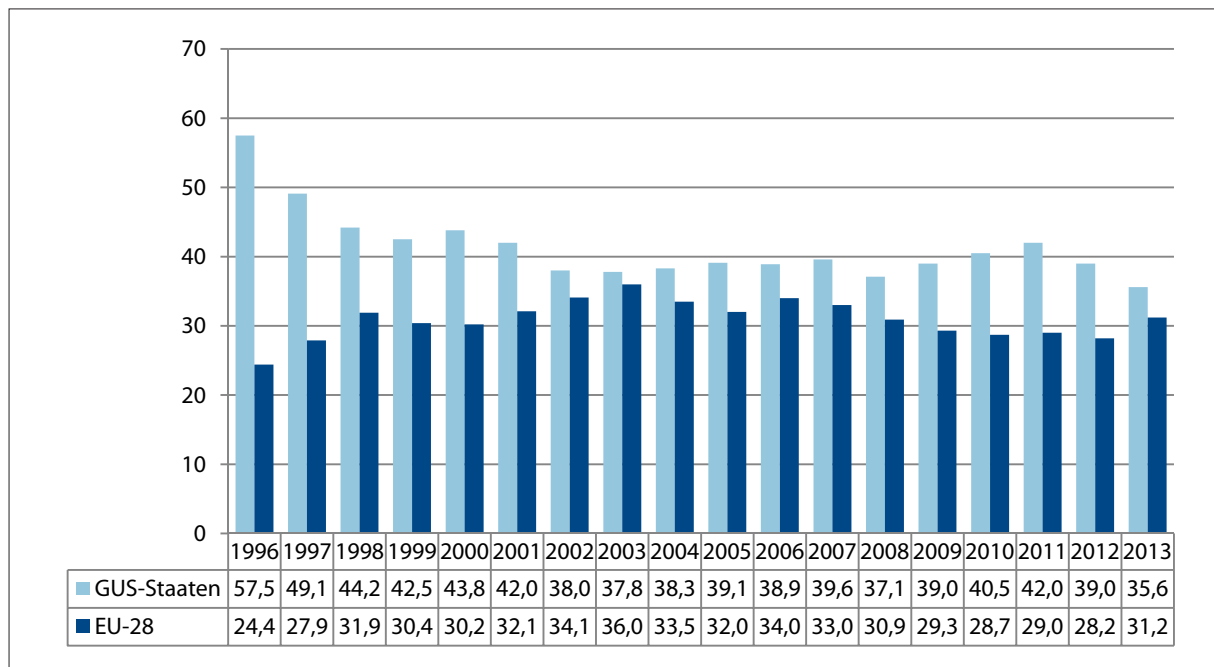
Tabelle 4: Warenexport der Ukraine nach Russland nach Regionen 2013

Region	Anteil des Russland-exports der Region am Gesamtexport der Region (%)	Anteil der regionalen Produktion an der Gesamtproduktion des Landes (%)	Anteil des Gesamt-exports der Region an der regionalen Produktion (%)	Anteil des Russland-exports der Region an der regionalen Produktion (%)
	(1)	(2)	(3)	(4) = (1)x(3)/100
Luhansk	43	4	23	10
Saporishshja	43	4	23	10
Dnipropetrowsk	28	11	23	6
Poltawa	30	4	20	6
Donezk	22	13	25	6
Charkiw	46	6	9	4
Kiewer Gebiet	33	5	10	3

Anmerkung: Es sind nur diejenigen Regionen dargestellt, bei denen der Anteil der regionalen Produktion an der Gesamtproduktion der Volkswirtschaft (Spalte 2) sowie der Anteil der Russlandexporte an der regionalen Warenproduktion (Spalte 4) jeweils mehr als zwei Prozent betragen.

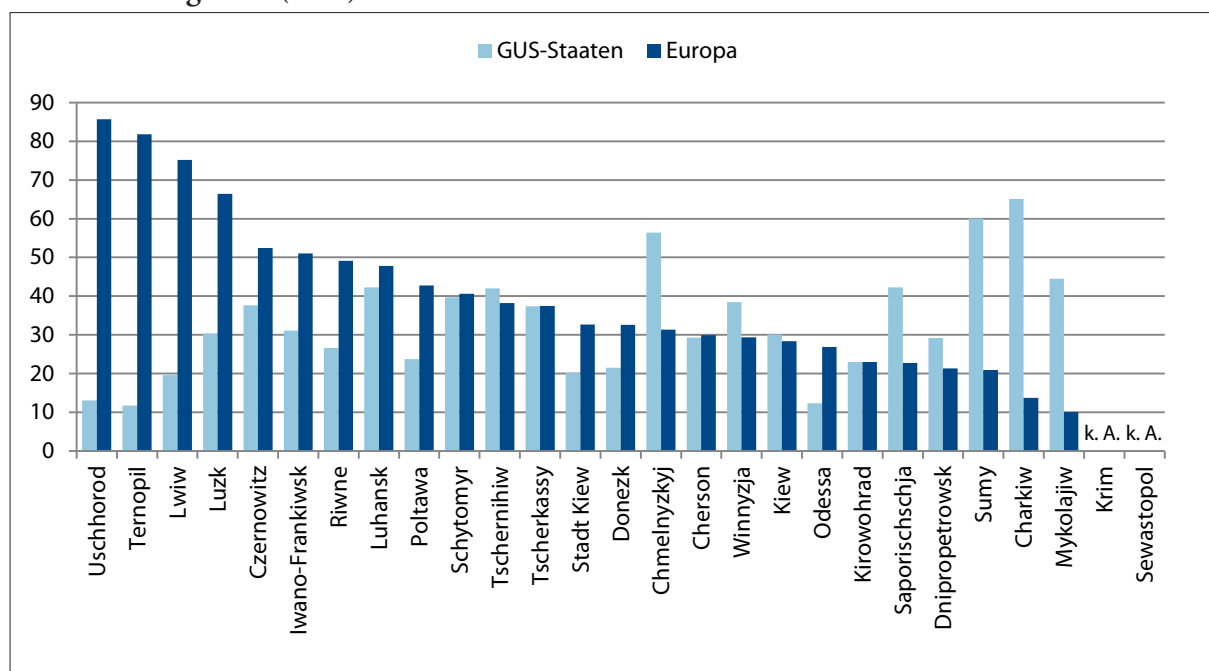
Quelle: Staatlicher Dienst für Statistik der Ukraine, <<http://ukrstat.gov.ua/>>.

Grafik 1: Außenhandelsumsatz der Ukraine mit den GUS-Staaten und der EU-28 in den Jahren 1996–2013 (in %)



Quelle: Staatlicher Dienst für Statistik der Ukraine, <<http://ukrstat.gov.ua/>>.

Grafik 2: Warenexporte nach den GUS-Staaten und Europa im ersten Halbjahr 2014 nach Regionen (in %)



Quelle: *Jewropeiska Prawda*, nach Angaben vom Staatlichen Dienst für Statistik der Ukraine, <<http://www.eurointegration.com.ua/rus/articles/2014/09/23/7026239/>>. Die Redaktion der *Ukraine-Analysen* dankt *Jewropeiska Prawda* für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Tabelle 5: Warenexporte nach den GUS-Staaten und Europa im ersten Halbjahr 2014 nach Regionen (in %)

	GUS-Staaten	Europa
Krim	k. A.	k. A.
Winnyzja	38,49	29,35
Luzk	30,37	66,43
Dnipropetrowsk	29,19	21,32
Donezk	21,45	32,58
Schytomyr	39,73	40,61
Uschhorod	13,07	85,69
Saporischschja	42,26	22,71
Iwano-Frankiwsk	31,09	50,99
Kiew	30,09	28,39
Kirowohrad	22,96	22,98
Luhansk	42,29	47,81
Lwiw	19,58	75,19
Mykolajiw	44,53	10,11
Odessa	12,32	26,87
Poltawa	23,75	42,76

	GUS-Staaten	Europa
Riwne	26,64	49,11
Sumy	60,05	20,88
Ternopil	11,73	81,82
Charkiw	65,13	13,73
Cherson	29,29	29,95
Chmelnyzkyj	56,37	31,34
Tscherkassy	37,39	37,46
Czernowitz	37,64	52,42
Tschernihiw	41,97	38,20
Stadt Kiew	20,15	32,68
Sewastopol	k. A.	k. A.

Quelle: *Jewropeiska Prawda*, nach Angaben vom Staatlichen Dienst für Statistik der Ukraine, <<http://www.eurointegration.com.ua/rus/articles/2014/09/23/7026239/>>. Die Redaktion der *Ukraine-Analysen* dankt *Jewropeiska Prawda* für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Tabelle 6: Produkte ukrainischer Herkunft, deren Import nach Russland im Jahr 2014 verboten wurde

Datum	Produkt	Verbotsbegründung
29. Februar	Schweinfleisch	Afrikanische Schweinepest
16. Juni	Kartoffeln	Quarantäne-Schädlinge
28. Juli	Milch und Milchprodukte	Einsatz von Antibiotika
29. Juli	Säfte	Nichtübereinstimmung mit technischen Normen
29. Juli	Kindernahrung	Nichtübereinstimmung mit technischen Normen
29. Juli	Obst-, Gemüse- und Fischkonserven	Falsche Markierung
1. August	Sonnenblumen	Quarantäne-Schädlinge
1. August	Maisgrütze	Quarantäne-Schädlinge
1. August	Sojabohnen	Quarantäne-Schädlinge
1. August	Ölkuchen	Quarantäne-Schädlinge
15. August	Alkoholische Getränke	Falsche Markierung
22. Oktober	Pflanzliche Produkte	Verdacht auf Reexport von Produkten aus der EU

Quelle: Infografik der Nachrichtenagentur ITAR-TASS, <<http://itar-tass.com/infographics/7941>>; aktualisiert nach Angaben vom Föderalen Dienst für veterinärrechtliche und phytosanitäre Überwachung der Russischen Föderation (Rosselchhosnadsor), <<http://www.fsvps.ru/>>.

Erklärung des Kiewer Generalstaatsanwalts, Serhij Juldaschew, zu Gewaltkriminalität in der Hauptstadt (inoffizielle Übersetzung der Ukraine-Analysen, 10.11.2014)

Als erstes möchte sagen, dass ich wie alle Ukrainer begeistert und stolz auf unsere Jungs bin, unsere unbesiegbaren »Cyborgs«, wie sie von den eingeschüchterten Feinden genannt werden. Ich verneige mich vor ihnen.

Faktisch wurde innerhalb von fünf Monate vor unseren Augen eine ukrainische Armee geschaffen. Es gibt keinen Zweifel, dass freiwillige Bataillone dabei ein wichtiger Bestandteil geworden sind, insbesondere das Bataillon zur Territorialverteidigung »Ajdar«. Übrigens, genau für dieses Bataillon haben die Mitarbeiter der Kiewer Staatsanwaltschaft am 11. August Munition und Medikamente für verwundete Kämpfer gespendet.

Allerdings sehe ich mich jetzt gezwungen, eine unpopuläre Aussage zu machen. Lasst uns der Wahrheit in die Augen schauen, es gibt Helden und Patrioten und es gibt Plünderer in Tarnkleidung, die bis an die Zähne bewaffnet durch die Stadt ziehen. Vielleicht ist die Gesellschaft nicht bereit das zu hören. Unabhängig davon existiert aber das Problem bereits. Jeder, der aus der Zone der ATO [Anti-Terror-Operation] schwer bewaffnet in der Stadt eintrifft, ist für mich ein Verbrecher. Besonders, wenn diese Menschen sich zusammenschließen und Gruppierungen bilden.

Als Staatsanwalt der Hauptstadt kann ich nicht und werde ich nicht ohne entsprechende Reaktion der Reihe von Verbrechen zuschauen, die die Vertreter verschiedener Bataillone in Kiew begehen. Ich möchte dazu ein paar Zahlen nennen. Seit Beginn des Jahres wurden 557 Strafverfahren wegen illegaler Benutzung von Schusswaffen und Stichwaffen aufgenommen. Dies ist doppelt so viel wie im Vorjahr.

Fast die Hälfte von ihnen (245) wurde in den letzten 4 Monaten registriert. Es wurden Tausende Feuerwaffen und Stichwaffen darunter Sprengstoff, Granaten und Munition gefunden und beschlagnahmt.

Im gleichen Zeitraum wurden allein in der Hauptstadt fast 30 Fälle von schweren oder besonders schweren Straftaten von Mitgliedern der Bataillone registriert.

Das beste Beispiel, das in aller Munde ist, ist die Besetzung des sogenannten Hubschrauberlandeplatzes von Janukowitsch durch Mitglieder des Militärbataillons »Aydar.« Ich glaube, dass sie gute Absichten gehabt haben, aber solche Methoden wie diese sind Selbstjustiz. Das kann man nicht anders nennen. Bei allem Respekt, niemand bekam eine Freikarte für Gesetzlosigkeit. Es ist nicht möglich einen Rechtsstaat mit rechtswidrigen Methoden zu schaffen.

Ich möchte auch betonen, dass in Kiew 17.000 Polizisten tätig sind. Dies ist eine absolut ausreichende Zahl, um Recht und Ordnung in der Hauptstadt aufrecht zu halten.

Offensichtlich gibt es ein Problem, das von uns allen gemeinsam angegangen werden muss – das sind Menschen mit Waffen, die die Hauptstadt überschwemmen. Ich bin bereit, einen Dialog mit allen Kommandeuren der freiwilligen Bataillone zu führen.

Wir müssen die Machnowschtschina [*Anarchie, bezogen auf die Bewegung des ukrainischen Anarchisten Nestor Machno 1917–22 – Anm. d. Übers.*] auf den Straßen Kiews stoppen und einen einheitlichen Garanten für die Erhaltung von Recht und Ordnung schaffen. Wir müssen die Mechanismen überdenken und sicherstellen, dass die Waffen in der Kampfzone bleiben, um den Staat vor Aggressoren zu schützen und sich nicht im ganzen Land verteilen. Ich bin sicher, dass wir in dieser Sache Verbündete und gleicher Meinung sind.

Übersetzung aus dem Ukrainischen: Lina Pleines

Quelle: Die Kiewer Generalstaatsanwaltschaft, <http://www.kyiv.gp.gov.ua/ua/news.html?_m=publications&_c=view&_t=rec&id=146716>.

Truppenbewegungen im ostukrainischen Separatistengebiet

In den letzten Tagen ist mehrfach über Truppenbewegungen von Osten nach Westen im von Separatisten kontrollierten Gebiet in der Ostukraine berichtet worden. Die Mediendebatte konzentriert sich vor allem auf die Frage, ob die entsprechenden Rüstungsgüter aus Russland stammen. Aus unserer Sicht sind aber zwei andere Punkte entscheidend.

Erstens verhindern Russland und die Separatisten die im Minsker Protokoll vorgesehene Kontrolle der Grenze zwischen Russland und dem Separatistengebiet und machen dadurch eine Überprüfung der russischen Unterstützung (oder Nicht-Unterstützung) für die Separatisten unmöglich. Eine solche Überprüfung sollte hingegen im russischen Interesse sein, wenn Russland tatsächlich eindeutig seine Nichteinmischung beweisen will. Zweitens deuten die Truppenbewegungen auf eine geplante erneute Offensive der Separatisten hin, die den in Minsk vereinbarten Waffenstillstand komplett obsolet machen würde.

Wir dokumentieren im Folgenden Originalquellen zum Thema.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Pressemitteilungen der Speziellen Beobachtermission der OSZE zu Truppenbewegungen

11. November 2014

Summary

The SMM observed an unmarked military convoy in the eastern outskirts of Donetsk city on 11 November 2014.

Detail

At 07:45hrs, on 11 November, three kilometres east of Donetsk city centre, the SMM observed a convoy of 43 unmarked green military trucks, with tarpaulin covers, moving in the direction of the city centre.

Five of the trucks were each towing 120mm howitzer artillery pieces. Another five were each towing partly-covered multi-launch rocket systems (MLRS).

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/126556>>.

9. November 2014

East of Donetsk city, in territory controlled by the so-called “Donetsk People’s Republic”, the SMM observed two convoys of 17 trucks each. They included artillery and multiple-launch rocket systems. The convoys were moving west. This was the second day in a row that the SMM observed convoys in the eastern outskirts and territories of Donetsk city. (See SMM Spot Report 8 November.)

Detail

At 11:20hrs, in the area of Sverdlove (15km east of Donetsk city), the SMM observed a convoy of 17 unmarked, green ZiL (Moscow Likhachov Plant) trucks, moving west. Five of them were towing Grad multiple-launch rocket systems. Two were loaded with ammunition crates. The SMM did not see any individuals or persons in uniform travelling on these trucks.

At 11:35hrs, on the H-21 road near Zuhres (41km east of Donetsk city), the SMM observed another convoy, this one consisting of 17 unmarked, green KamAZ (Kama Automobile Plant) trucks, also moving west. Twelve of these were towing 122mm Howitzers. The SMM did not see any individuals or persons in uniform travelling on these trucks.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/126485>>.

8. November 2014

Summary

In the city of Donetsk and in Makeevka (25km north-east of Donetsk city), in “DPR”-controlled territory, the SMM observed convoys of heavy weapons and tanks. At the time of reporting, the SMM could hear heavy, outgoing shelling to the north and northwest of the city’s outskirts, which had started at 14:45hrs.

Detail

At 13:55hrs, on the eastern outskirts of Makeevka (25km north-east of Donetsk), within territory under control of the “Donetsk People’s Republic” (“DPR”), the SMM observed a convoy of more than 40 trucks and tankers moving west on highway H-21.

Of these 19 were large trucks—Kamaz type, covered, and without markings or number plates—each towing a 122mm howitzer and containing personnel in dark green uniforms without insignia. Fifteen were Kraz troop carri-

ers. The SMM was on the move and could therefore not ascertain the contents of these. The remaining six were small fuel tankers, fitted with cranes. The SMM observed an unmarked BTR armoured personnel carrier leading the convoy, with a tarpaulin over the gun.

At 15:20hrs, at the intersection of Leninskyi Street and Kuprin Street (7km south-west of Donetsk city centre) the SMM observed a convoy of nine tanks—four T72 and five T64—moving west, also unmarked.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/126483>>.

Grenzüberwachung

Minsker Protokoll vom 5.9.2014 (unterschrieben von Vertretern der OSZE, der Ukraine, Russlands und der Separatisten) [Auszug]

Ausgehend von den Ergebnissen der Begutachtung und Diskussion der Vorschläge, die von den Teilnehmern der Konsultationen in Minsk am 1. September 2014 eingebracht wurden, hat die Dreiseitige Kontaktgruppe bestehend aus Vertretern der Ukraine, der Russischen Föderation und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ein Einverständnis erreicht bezüglich der Notwendigkeit der Umsetzung folgender Schritte:

[...]

4. Gewährleistung einer permanent aktiven Überwachung der ukrainisch-russischen Staatsgrenze und ihre Überprüfung von Seiten der OSZE durch die Schaffung einer Sicherheitszone in den grenznahen Gebieten der Ukraine und der RF [Russischen Föderation].

[...]

Quelle: *inoffizielle Übersetzung, Ukraine-Analyse Nr. 136, S. 7–8* <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen136.pdf>>.

Wöchentliche Pressemitteilung der Speziellen Beobachtermission der OSZE bei den russischen Grenzposten Gukowo und Donezk, 12. November 2014

Summary

Kamensk-Shakhtinsky, Russian Federation, 12 November 2014—As mandated, the Observer Mission (OM) is operating 24/7 at both BCPs. Overall cross-border traffic flows increased at both Border Crossing Points (BCPs). For the first time since late August, more people entered than left the Russian Federation (RF) at the two observed BCPs. The OM observed the highest number of persons in military-style clothing crossing the border in both directions, since the beginning of its mandate. The OM observed them crossing the border more often in groups than previously. They were formed also of a higher number of people, in one instance of 24 persons.

Detail

OM's arrival, establishment and observation work

The OM is currently operating with 20 staff members, which includes 14 permanent international observers, 4 temporary international observers (who are replacing 6 observers currently on leave) and 2 administrative assistants.

Cross-border movements common to both BCPs

The profile of the people crossing the border remains unchanged and can be categorised as follows:

Families on foot or by car with a lot of luggage;

Elderly people with few bags;

Adults (usually of younger age) with no luggage or empty cars;

People wearing military-style clothes with or without backpacks.

The average number of entries/exits increased from 7,042 to 7,523 per day for both BCPs during the reporting period. For the first time since late August the majority of people crossed the border from Ukraine to the Russian Federation (RF). The average net flow, i.e. the balance of entries and exits, turned from minus 648 to (plus) 182 per day for both BCPs. During the previous week 4,537 left the RF for Ukraine, while this week 1,272 entered the RF from Ukraine. Donetsk BCP continued to experience more traffic than Gukovo BCP. The cross-border movements registered at both BCPs accounted for 37 percent of all entries/exits in the Rostov region. The majority of the vehicles crossing the border

have number plates issued in the Luhansk region, including the long-distance coaches commuting between Luhansk and cities in the RF.

Common observations at the BCPs

The situation at both BCPs remained calm. The OM noticed that the RF border guard and customs service have tightened checks and controls at both BCPs. Sniffer dogs were used more frequently, vehicle scans by a mobile x-ray vehicle were performed on a regular basis, and coloured cards or slips were issued to pedestrians who entered the BCPs from Ukraine. In addition, concrete blocks around service booths have replaced sand bag walls. According to a border guard officer, reinforced protections had been requested months ago when combat started close to the border with shells falling in the territory of the RF. Only now they received the concrete blocks. The OM has seen more armed border guards at the BCPs, particularly during nighttime, than in the past weeks.

Due to the cold weather conditions, the number of people crossing the border and talking to the Observer Teams (OTs) continued to decrease. Those who crossed the border from Ukraine reported that the situation remained largely calm in the Luhansk region. However, there is a general impression that the situation is becoming more tense in the area. The number of small arms shootings and artillery fire reported to the OM has increased, e.g. from the areas of Stakhanov, Krasniy Luch, Dyakove and Stanitsya Luhanska. In general, the interlocutors blamed Ukrainian security forces for the resurgence in violence; however, in most cases they have not witnessed the firing themselves. People from urban areas continue to worry about heating during winter as centralised heating systems have reportedly been destroyed in many places. Again, the OM observed numerous people bringing small generators from the RF to Ukraine, which are also being sold from trucks in the vicinity of the BCPs.

Regular local and long-distance bus connections continue to operate between the Luhansk region and cities in the RF.

During the reporting period, the OTs observed 665 men and women in military-style dress crossing the border in both directions. This is the highest number observed so far. These people have been crossing individually or in very small groups, but have recently also crossed in larger groups. On 7 November the OM observed a group of 24 persons in camouflage clothing that crossed by minibus from the RF to Ukraine at Donetsk BCP. These border crossings were made predominantly at Donetsk BCP in both directions. Several Cossacks were also observed by the OTs. The Cossacks are identified by their traditional fur hats, as well as by Cossack insignias. The observers did not see any of them carrying weapons.

As in previous weeks, the OM observed injured or sick persons crossing the border from Ukraine to the RF. The OM also observed the crossing of vans that were apparently assigned for the transport of deceased (see below).

Military movement

At the two BCPs the OM did not observe any military movement, apart from vehicles of the RF border guard service. No aircraft activity was observed at or in the vicinity of the BCPs.

Observation at the Gukovo BCP

The traffic flows at Gukovo BCP decreased slightly compared to last week. A daily average of 2,506 entries and exits was recorded, which accounted for approximately twelve percent of all entries/exits in the Rostov region. The net flow was positive for the first time since the third week of August. A daily average of 63 people left Ukraine and entered the RF.

During the week, the OM observed a total of 35 persons in military-style clothing crossing the border at Gukovo BCP, 18 of them left for Ukraine while 17 entered the RF.

On 11 November the BCP was temporarily closed and evacuated. According to a border guard officer they had discovered two hand grenades in the luggage of a traveller. The OT could not observe whether this individual had been arrested. An EOD team arrived and gave its 'all-clear' shortly after.

In two instances on 5 and 7 November, the OTs heard small arms shooting from a nearby firing range on Ukrainian territory, which was already mentioned in previous updates.

The OM observed continued high numbers of dumper trucks transporting coal from the Luhansk region to the RF. As reported previously, the observers saw RF customs officers verifying that the trucks were empty while leaving the RF.

Observation at the Donetsk BCP

During the reporting period, the activity at the Donetsk BCP increased slightly. The daily average of 5,018 entries and exits accounted for approximately 25 percent of all entries/exits in the Rostov region. The net flow turned from

457 exits to Ukraine to 119 entrances to the RF on average per day. The total number of border-crossings at Donetsk BCP continued to be almost double that of Gukovo BCP.

The OT observed 630 persons in military clothing crossing the border at Donetsk BCP individually and in groups, mostly to Ukraine.

On 11 November, the OM observed a van marked with signs “gruz 200” [“Cargo 200” which is a well-known Russian military code used for “military personnel killed in action”] crossing from the RF to Ukraine and returning several hours later.

Minsker Memorandum vom 19.9.2014 (unterschrieben von Vertretern der OSZE, der Ukraine, Russlands und der Separatisten)

[Auszug]

7. Ab dem Beschluss dieses Memorandums gilt ein Flugverbot für Kampfflugzeuge und ausländische unbemannte Luftfahrzeuge (Drohnen) – mit Ausnahme von Drohnen, die die OSZE-Beobachtermission einsetzt – entlang der gesamten Kontaktlinie in der mindestens 30 Kilometer breiten Waffenstillstandszone.

Quelle: *inoffizielle Übersetzung, Ukraine-Analyse Nr. 137, S. 30* <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen137.pdf>>.

CEPI Ukraine Watch (10.11.2014)

[Auszug]

OSCE, Ukraine, Russia holding trilateral meeting in Donetsk: Representatives of Ukraine, Russia and the OSCE convened in Donetsk on Nov. 5 to discuss the fulfilment of the Minsk agreements. OSCE plans to expand its monitoring mission in eastern Ukraine by deploying up to 500 monitors there, including 350 in the self-proclaimed Donetsk and Luhansk People’s Republics, deputy chief of the OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine Alexander Hug said. The conflicting sides have failed to agree upon a delimitation line, the head of the OSCE SMM said.

Ukraine imposes passport controls around rebel area: Ukraine’s Border Guard Service has announced that anyone crossing in or out of areas controlled by pro-Russian separatists in the east of the country will have to show a passport.

The sixth Russian “humanitarian convoy” has arrived in Donbas: “*We have no information about the contents of the cargo,*” National Security and Defense Council spokesman has said. OSCE observers have no authority to examine Russian humanitarian aid, mission deputy head has said. Spot report by OSCE OM, 2 Nov 2014: Russian convoy of 32 vehicles crossed into Ukraine and returned back through Donetsk Border Crossing Point.

Quelle: <<http://www.cepolicy.org/publications/cepi-ukraine-watch>>.

Pressemitteilung der Speziellen Beobachtermission der OSZE zum Beschuss einer Drohne durch Separatisten (3.11.2014)

Detail

At a location 2.5km NE of Shyrokyne village (17 km E of Mariupol and east of the line of contact) [d. h. im von Separatisten kontrollierten Gebiet, Anm. d. Red.], an SMM Unarmed Aerial Vehicle (UAV)—at a height of 5,000 feet—spotted an armoured personnel carrier (APC) and two Ural trucks at what appeared to be a checkpoint at 13.05hrs on 2 November.

At 13.11hrs, a person in camouflage uniform—standing close to a civilian truck parked approximately 150m from the APC and Urals—was seen to point a man-portable air defence system (Man-Pad) at the SMM UAV. He did not fire. He instead loaded the Man-Pad onto the civilian truck. A canvas covering on the back of the truck was removed, revealing a truck-mounted, anti-aircraft gun (probably a ZU-23), which immediately fired numerous rounds at the SMM UAV, none of which hit it.

The SMM UAV left the area, landing safely at 13.54hrs.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/126265>>.

Pressemitteilung der Speziellen Beobachtermission der OSZE (4.11.2014)

[Auszug]

At 13.01hrs and again at 13.19hrs the SMM UAV was subjected to serious electronic jamming while flying over “DPR”-controlled Chermalyk (40km NE of Mariupol). Initial analysis of the SMM UAV flight log data indicated

that the SMM UAV was subjected to military-grade GPS jamming. The Ukrainian Air Operations Liaison Officer to the “Anti-Terrorism Operation” (“ATO”) headquarters in Sector “M”, who was immediately contacted by the SMM UAV Team, told the SMM at 13.24hrs that there was no jamming by the Ukrainian forces. The SMM UAV left the area and landed safely. This is the third serious interference with the movement of the SMM UAV and is an impediment to the fulfilment of the Mission’s mandate.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/126364>>.

Pressemitteilung der Speziellen Beobachtermission der OSZE (7.11.2014)

[Auszug]

The existence of military grade jamming capacities within Donetsk region, as used on 3 November against the SMM unmanned aerial vehicle (UAV), remains a substantial concern for UAV flights. Following a flight risk assessment, the SMM UAV was not deployed on 6 November.

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/126480>>.

Kampfhandlungen

Von der Speziellen Beobachtermission der OSZE allein am 11. und 12. November 2014 dokumentierte Kampfhandlungen in der Ostukraine

On 11 November the SMM observed the transfer of four wounded Ukrainian soldiers by the “Lugansk People’s Republic” (“LPR”) to the Ukrainian military in Shchastya (20km north of Luhansk). The soldiers were transported in two ambulances, and were escorted by “LPR” armed personnel and “LPR traffic police”.

At Verkhnya Vilkhova (30km north-east of Luhansk), the SMM heard shelling coming from the area of Stanytsia Luhanska (25km north-east of Luhansk). In Kolijadivka (46km north of Luhansk), the SMM heard outgoing and incoming artillery fire, including several rounds of *Grad*, from the south. Local people told the SMM that the shelling was taking place in Shchastya and Stanytsia Luhanska.

On 11 November a member of an irregular armed group affiliated with the “LPR” in Krasnodon (50km south-east of Luhansk) told the SMM that there was ongoing antagonism between the “LPR” in Krasnodon and the “LPR” in Luhansk, resulting in a fire-fight between the two sides and the brief “detention” of Luhansk-based “LPR” personnel.

In Kam’yanka (62km south of Donetsk), the SMM heard five mortar rounds explode approximately two kilometres to the north.

The SMM examined the separate Ukrainian and Russian logbooks, noting that both had recorded the same incidents in the previous 48 hours, namely artillery and mortar shelling at Hranitne (57km south of Donetsk) at 08:00hrs on both 11 and 12 November from the area of Hryhorivka (6km south-east of Hranitne).

At a Ukrainian military CP two kilometres south of Maiors’k (45km north of Donetsk), the SMM heard three single sniper rounds, fired at the CP from a location south-east of it.

The SMM visited Mikhailovka (30 kilometres north-west of Luhansk), controlled by Ukrainian forces and at 11:30hrs heard two outgoing artillery rounds from the south-west in the direction of Shchastya and Petrivka.

The SMM met with the Ukrainian head of the Mariupol Joint Centre for Control and Co-ordination (JCCC) who reported a large explosion in the Azov Sea, around 20 nautical miles east-southeast of Mariupol, possibly in the waters of the Russian Federation, which was also heard by the SMM at approximately 12:00hrs.

The SMM went to a Ukrainian checkpoint (CP) in the vicinity of Kramatorsk and spoke to Ukrainian personnel who said that on 9 November, at 11:43hrs, there was incoming shelling from the direction of Kamyanka (3 to 4 kilometres to the south of Olkhvatka mine). The shelling resulted in three Ukrainian casualties: two servicemen killed and one grievously wounded. The SMM were shown the head part of the shell as well as another shell stuck in the ground. Soldiers said that different types of ammunition were used, ranging from standard shells to ones carrying offensive, inflammable substances and shrapnel.

The SMM went on to visit a Ukrainian CP on the road to Horlivka where at 13:00hrs it heard two volleys of 122mm rounds (eight and twelve rounds respectively). In the SMM’s assessment, the rounds were fired from BM-21 Grad systems. According to the Ukrainian CP commander, the rounds were fired from the direction of Horlivka which is approximately 12km away. It is unknown where the rounds landed.

Quelle: *Pressemitteilungen der Speziellen Beobachtermission der OSZE (12. und 13.11.2014)*, <<http://www.osce.org/ukraine-smm/126628>>, <<http://www.osce.org/ukraine-smm/126705>>.

3. – 9. November 2014

03.11.2014	Die Separatisten der »Volksrepublik Donezk« erklären ihren bisherigen Anführer, Oleksandr Sachartschenko, zum Wahlsieger. Am Vortag waren dort Wahlen abgehalten worden, die von der Regierung in Kiew, den USA und der EU verurteilt worden waren. Auch die Vereinten Nationen erklärten, sie seien »unnützlich«.
03.11.2014	Der ukrainische Geheimdienst SNBO veröffentlicht Informationen, nach denen der Zustrom russischer Soldaten in die Separatistenregionen Donezk und Luhansk nicht abreiße. Auch Waffen würden weiter geliefert, erklärt der Sprecher des Geheimdienstes, Andrij Lysenko.
03.11.2014	Die Organisation »Institut für Massenmedien« beklagt, dass in den vergangenen Wochen – während des Wahlkampfes zur Parlamentswahl – zehnmal Journalisten tödlich angegriffen worden seien.
03.11.2014	Präsident Petro Poroschenko äußert sich zur Regierungsbildung. Er schlägt vor, nach der vollständigen Auszählung der Stimmen das Ministerkabinett vollständig neu aufzustellen. Einzig Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk solle auf seinem Posten bleiben.
03.11.2014	Eine Sprecherin der militärischen Staatsanwaltschaft erklärt, ein Gericht habe am 31. Oktober 2014 zwei Soldaten wegen Fahnenflucht zu je sieben Jahren Haft verurteilt.
04.11.2014	Der ehemalige Präsident der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, ruft die Weltgemeinschaft dazu auf, die Krim als Teil Russlands anzuerkennen. Sie beim Zerfall der Sowjetunion der Ukraine zuzuerkennen, sei ein Fehler gewesen.
04.11.2014	Russland blockiert eine Stellungnahme des Weltsicherheitsrates, in der die Wahlen in den »Volksrepubliken« in der Ostukraine verurteilt werden sollten; sie entsprächen nicht den Ergebnissen der Minsker Verhandlungen vom September 2014. Russland nennt die Stellungnahme »unpassend« und legt ein Veto ein.
04.11.2014	Das ukrainische Außenministerium erklärt, dass seit dem Inkrafttreten des Waffenstillstands nach den Verhandlungen von Minsk im September 2014 bereits 100 Soldaten der ukrainischen Armee ums Leben gekommen seien.
04.11.2014	Vertreter des Innenministeriums erklären, dass wegen der Verzögerung der Stimmauszählung bereits mehrere Gerichtsverfahren eingeleitet wurden.
04.11.2014	Bei Pawlopil im Gebiet Donezk kommt ein Soldat der ukrainischen Armee ums Leben. Nach Informationen des Pressezentrum der »Anti-Terror-Operation« werden mehrere Kämpfer der Separatisten getötet.
04.11.2014	Präsident Petro Poroschenko setzt per Erlass einen Vorschlag des Nationalen Sicherheitsrates um, der unter anderem die Wiedereinführung der Wehrerziehung in der Schule vorsieht.
05.11.2014	In der Nähe einer Schule am Flughafen von Donezk kommen zwei Jugendliche durch die Explosion einer Granate ums Leben. Vier weitere werden verletzt.
05.11.2014	Vertreter der OSZE beklagen, dass ihre Drohnen, die die Situation im umkämpften Donbass überwachen sollen, mittels Störwellen am Flug gehindert würden.
05.11.2014	Premierminister Arsenij Jazenjuk kündigt an, die finanzielle Unterstützung des ukrainischen Staates für die von Separatisten besetzten Gebiete einzustellen. Dies schließt jedoch nicht die Gas- und Stromversorgung ein.
05.11.2014	Der Stadtrat von Donezk vermeldet den Tod eines Zivilisten infolge des Beschusses von Wohnhäusern durch separatistische Truppen.
06.11.2014	Bei Luhansk kommt bei Gefechten ein Zivilist ums Leben.
06.11.2014	Russland lehnt Verhandlungen über den Konflikt in der Ukraine im so genannten »Genfer Format« ab. An solchen Gesprächen wären neben der Ukraine, Russland und der EU auch die USA beteiligt. Premierminister Arsenij Jazenjuk hatte die Verhandlungen angeregt.
06.11.2014	Vertreter des Energieministeriums erklären, dass seit August keine Zahlungen mehr an kohlefördernde Firmen und Personen in den besetzten Gebieten im Osten mehr getätigt worden seien. Der Journalist und Politiker Mustafa Najem hatte zuvor aufgedeckt, dass öffentliche Mittel an von Separatisten kontrollierte Unternehmen in Luhansk geflossen seien.
06.11.2014	Drei Soldaten der ukrainischen Armee kommen bei Gefechten ums Leben.
06.11.2014	In einer Stellungnahme verurteilt der Rat der Europäischen Union die Wahlen in den von Separatisten besetzten Gebieten Donezk und Luhansk. Sie gäben nicht den Geist der Minsker Vereinbarungen vom September 2014 wieder.
07.11.2014	Fünf ukrainische Soldaten kommen bei Gefechten ums Leben. Das Pressezentrum der »Anti-Terror-Operation« der ukrainischen Streitkräfte meldet außerdem, dass im Kampf um den Flughafen von Donezk bis zu 200 Kämpfer der Separatisten umgekommen seien.

07.11.2014	Während der Nationale Sicherheitsrat erneut vermeldet, dass russische Truppen und Waffen die Grenze zur Ukraine überqueren würden, erklärt er, dass noch nicht von einer offenen Attacke gesprochen werden könne. Russland streitet weiterhin jegliche offizielle Beteiligung seiner Streitkräfte an den Kämpfen ab.
07.11.2014	Ein Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin erklärt, dass Russland die Wahlen in den »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk vom 2. November 2014 nicht anerkenne, sondern lediglich respektiere. Ähnlich hatte sich Russland bereits zu den Referenden in den beiden Gebieten vom Mai 2014 geäußert.
07.11.2014	Das Zentrale Wahlkomitee gibt das offizielle Wahlergebnis der Parlamentswahlen vom 26. Oktober 2014 bekannt. Danach ziehen folgende Parteien ins Parlament ein: Volksfront (22% der Stimmen), Block Petro Poroschenko (22%), Selbsthilfe (11%), Oppositionsblock (9%), Radikale Partei Oleh Ljaschkos (7%), Vaterland (6%). Die rechtsradikale Partei Freiheit verpasst mit 4,7% knapp den Einzug ins Parlament.
08.11.2014	Drei Soldaten der ukrainischen Armee kommen bei Gefechten ums Leben.
09.11.2014	Im Gebiet Donezk sterben laut Informationen des Presse zentrums der »Anti-Terror-Operation« zwei Polizisten bei Angriffen separatistischer Truppen.
09.11.2014	Federica Mogherini, die Hohe Repräsentantin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, ruft Russland und die Ukraine dazu auf, ihre Verpflichtungen aus dem Minsker Protokoll einzuhalten und keine weitere Eskalation des Konflikts zu gestatten. Sie hält Russland dazu an, seine Truppen aus der Ukraine zu entfernen und keine weiteren Waffen über die Grenze zu senden.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <zentralasien-analysen@dgo-online.org>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>>; Russland: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>>; Ukraine: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>>; zentralasiatische und kaukasische Staaten: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>

Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>